

"Als ich nach dem Mauerfall keinen Job fand, hatte ich das Gefühl, dass man mich ausrotten will. Der Herzschlag hatte Extrasystolen. E hatte sich zu Zeiten des real existierenden Sozialismus das Statut des Schriftsteller-Verbandes durchgelesen, beschlossen, nur Mitglied zu werden, falls sie nicht unterschreiben muss, dass sie dem Staat dienen will. In der Zeit des Mauerfalls wurde sie aufgefordert, sich um ein Stipendium des Schriftsteller-Verbandes zu bewerben, sie schrieb einen Dreizeilenbrief, erhielt es. Es weckte Hoffnungen, selbstbestimmt arbeiten zu können.

Der Vorsitzende des Schriftsteller-Verbandes in Thüringen war süchtig nach Sex, das heißt, er plapperte beständig davon. Es war nicht unangenehm, von ihm begehrt zu werden, es war unangenehm, dass er unverhüllt erotische Postkarten schickte und nicht davor zurückschreckte, während Wanderungen zu behaupten, E habe gesagt, sie wolle nackt im Teich baden. Als sie fragte, ob er ihr helfen würde, durchzusetzen, dass die Hälfte der öffentlichen Mittel an Autorinnen vergeben werden, um Chancengleichheit zu ermöglichen, Tradiertes aufzubrechen, schickte er unverhüllt eine Postkarte, die eine Frau zeigte, die einen Schlüpfer trug, in dem ein Penisimitat steckte. E tröstete sich, dass eine vom Verband organisierte Lesung den Mitgliedsbeitrag im Schriftstellerverband finanziert und dass eine Arbeitsrechtsschutzversicherung abgeschlossen schien. Ein Autor, der das Drehbuch 'Einer trage des andern Last' geschrieben hatte, zog sich aus der Vorstandsarbeit zurück und verlangte, dass E ihn ersetzt. Andere Vorstandsmitglieder behaupteten, dass sie zu weit entfernt wohnen würde.

Die Gewerkschaft der Autoren organisierte Wanderungen, E wollte Situationen von Künstlern grundsätzlich ändern. Der Geschäftsführer des Kulturfonds hatte behauptet, vor zehn Jahren aus der Gewerkschaft ausgetreten zu sein, weil sie nichts für Künstler tut. E wollte Rechtsschutz testen, gab Zeit und Energie hin, um Musterprozesse zu führen, auf deren Ergebnis sich andere berufen könnten. Keine Antwort. Sie wies daraufhin, dass sie als Journalistin fürs Feuilleton recherchiere. Sie sollte zusätzliche Unterlagen schicken. Wochen vergingen. E forderte einen Arbeitsnachweis. Nichts.

Eine Friseurin wurde verhaftet, sie hatte um Mitternacht Haare frisiert und Einnahmen an krebskranke Kinder gespendet. Das sei ein Verstoß gegen das Ladenschlussgesetz. E protestierte in einem offenen Brief, nannte die

Aktion, weil Krebskranken Haare ausgehen, einen Performanceakt, die das Kulturamt der Stadt hätte bezahlen müssen, sie wies daraufhin, dass niemand in den Amtsstuben protestiert hatte, als Autoren genötigt wurden, für weniger als ein Drittel des Mindesttarifs Texte vorzulesen, obwohl sie Rechnungen bezahlen müssen wie jeder andere auch. Der Schriftstellerverband behauptete: Autoren hätten keine Honorare gewollt. Ein Vorstandsmitglied scheute sich nicht zu behaupten, E hätte als Literaturmanagerin sittenwidrige Verträge angeboten, sie hatte eine Anpassung der Geldmittel für Kunst (Wort, Bild, Ton) an Nettolohnentwicklungen gefordert, Notlösungen ausgedacht, die in sich fair waren, auch wenn sie an gesellschaftlichen Missverhältnissen nichts grundlegend ändern konnten. Ekelgefühl, Brechreiz.

Als der Präsident des Bundesrechnungshofes Thüringen ein Bild kaufte, fragte er, ob sie mit dem Vorsitzenden des Schriftsteller-Verbandes zusammen arbeite, 'Wir sind zur Zeit verkracht', 'Das spricht für Sie.' Es war nur ein kleiner Trost, zu spüren, dass Feindschaften Freundschaften provozieren könnten. Sie war sich nicht sicher, dass sie mit dem Präsidenten des Rechnungshofes befreundet sein will. Sie hatte geglaubt, ihr Austritt aus dem Verband würde Diskussionen auslösen, er wurde verschwiegen. Es wurde veröffentlicht, dass neue Mitglieder angeworben wurden.

Als eine Autorin, die im Knast gewesen war, ausflippte, weil ihr Text zwischen Texten von ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit abgedruckt worden war, forderte der Herausgeber der Literaturzeitschrift Palmbaum Autoren und Literaturwissenschaftler auf, Stellungnahmen gegen sie zu schreiben. Er ließ ausrichten, dass er E's Arbeiten schätze. Sie lehnte eine Begegnung ab. Er nahm nun die Bearbeitung eines Märchentextes aus dem Weihnachtsheft und ließ einen Zettel hineinlegen, ihre Texte dürften nicht mehr in der Zeitschrift erscheinen, weil sie Menschen verachtend wären. E glaubte, Kollegen würden aufbegehren, sie gingen zum nächsten Tagespunkt über. Der Chefredakteur entschuldigte sich für seine Feigheit, seine Ehefrau habe gedroht, sich scheiden zu lassen. Er kündigte die Zusammenarbeit mit dem Herausgeber, druckte den Text im nächsten Heft ab, ließ ihn im Radio besprechen. 'Friede, Freude, Eierkuchen.'

Der Palmbaum war als literaturhistorische Zeitschrift gegründet worden,

Literaturveröffentlichungen hatten Alibifunktion, um Fördergelder von Kunst- und Kulturmitteln erhalten zu können. Der Chefredakteur verschlamperte kulturkritische Beiträge und bedauerte, keine Honorargelder zu haben, so dass er E zwingen könnte, Prosatexte abzuliefern. Als sie die mangelnde Qualität der Zeitschrift im Kulturfonds beklagt hatte, hatte es keine Folgen. Als ein Juror des Kulturfonds, der in Brandenburg arbeitete, dasselbe sagte, wurde die Zeitung nicht mehr unterstützt.

E wurde in den Literaturbeirat des Ministeriums nicht einbezogen. Die Geschäftsführer von drei Vereinen verteilten Geld untereinander, andere erhielten so wenig, so dass es sinnlose Arbeit war, eine Finanzierungskonzeption erarbeitet zu haben. E schlug vor, zuerst Geldmittel zu verteilen, danach Konzeptionen einzufordern. Als E wieder einen Teil der beantragten Geldmittel zugesprochen bekam, sollte sie den Antrag entsprechend den Fördermitteln neu formulieren. E war dagegen, weil behauptet werden könnte, man habe den Anträgen stattgegeben. Sie setzte einen Änderungsvermerk, der dem Antrag angeheftet werden sollte, durch.

‘Lebenszeit.’

Die Literaturverantwortliche im Ministerium sagte, sie würde auch lieber schreiben, als im Büro sitzen. Es herrscht Neid in denen, die Interessenvertreter von Autoren, Künstlern sein sollten und dafür bezahlt werden. Großstädte und Bundesländer boten Künftleraustausch-Programme. E verstand nicht, dass ein Burgstipendium in Ranis nicht benutzt wurde, um Austauschmöglichkeiten für Thüringer Künstler nach Japan, New York zu schaffen. Auf der Burg Ranis wurden Literaturtage organisiert, sie nannte sich ‘Literaturakademie.’ Ein Bürger habe mit dem Blick auf ein Transparent ‘Autorentage’ gefragt, wo das Autorentreffen stattfinden wird. In Erfurt wurde eine fair dotierte Stadtschreiberstelle für Gastautoren aus anderen Bundesländern ausgeschrieben. Für Einheimische blieben so wenig Geldmittel, dass sie sich Arbeitskosten nicht erarbeiten konnten.

Der Literaturverantwortliche des Berliner Senats hatte gesagt, dass E nicht zum Suhrkamp-Verlag wechseln, sondern bei einem Berliner Verlag veröffentlichen solle, sie solle nach Berlin ziehen, Berlin Europäische Literaturhauptstadt werden. Er bot unter anderem Vermittlung einer hoch

dotierten Eindrittelstelle an. Sie glaubte, dass, wenn sie in Berlin umworben wurde, in der Provinz mehr leisten könnte. Jena war ein kulturelles Zentrum gewesen, irgendwann hatte die Polizei einen Orden für Schaffung von 'Ruhe und Sicherheit' erhalten. 'Davon hat sich die Stadt nie wieder erholt.' Hoch dotierte Posten wurden von Westdeutschen besetzt, sie bevorzugten ehemalige Parteifunktionäre, Parteimitglieder, Spitzel der Staatssicherheit, E war gegen Racheaktionen, sie musste abhängig von ihnen leben und lag schlaflos.

Sie wurde in einen Schreibwettbewerb mit Jugendlichen als Jurorin einbezogen, Thema: 'nicht wie ihr mich wollt, wie ich sein will, will ich sein', sie sollte die Preisrede halten und erzählte über den Literaturbetrieb, Probleme, Möglichkeiten. Vorwürfe, Drohungen. Sie hatte dem Veranstalter und ehemaligen Parteisekretär keine Vorwürfe gemacht, dass alle Bücher und Büchergutscheine von Bertelsmann waren, sondern stillschweigend unterstellt, dass er beim Suchen nach anderen Sponsoren gescheitert war. Sie hatte verdrängt, dass sie und eine Lyrikerin angeboten hatten, Bücher aus ihren Privatbibliotheken für Preise zu spenden. Sie schrieb ihm: 'nicht wie ihr mich wollt, wie ich sein will, will ich sein.'

Die Buchreihe 'Thüringer Bibliothek' wurde von Steuermitteln gefördert. Der Herausgeber hatte als Lyriker einen Preis für die 'Reinhaltung der deutschen Sprache' erhalten und die intolerante Art derer, die sich aus Familienverhältnissen, in denen es wenig Bildungsmöglichkeiten gab, Positionen erarbeitet hatten. Vater reagierte ähnlich. E bot an, als Mitherausgeberin zu arbeiten und die Autoren zu vertreten, zu deren Texten er keinen Zugang fand. Ablehnung, ohne Begründung.

Das Ministerium hatte, Arbeit auslagern zu können, Anweisung an Literaturvereine gegeben, einen Dachverband zu gründen. E wurde delegiert. Sie sollte unbezahlt arbeiten und hatte keinen Job. Die Angestellte des Ministeriums klagte, dass sie mit Arbeit überlastet ist, E schlug vor, Arbeit und Lohn zu teilen, 'Aber ich habe ein Kind!', 'Ich habe zwei Kinder.' Der Dachverband erhielt den Auftrag, ein Literaturbüro aufzubauen. Ein Autor übernahm den Vorsitz unter der Bedingung, dass E seine Stellvertreterin wird. Sie war unsicher, ob sie als Stellvertreterin Alibifunktion haben soll, reagierte entsetzt, als er sagte, es sei kein Problem, wenn Bücher nicht erscheinen, das Hauptproblem wären hungernde Kinder in Deutschland, - 'Wenn Sie den Vorsitz in einem

Literaturverein übernehmen, erwarte ich, dass Sie sich um die Probleme von Autoren kümmern!' Sobald sich ein Autor von seiner Arbeit ernähren kann, kann er sich um soziale Probleme anderer kümmern.

Der Posten für den Geschäftsführer wurde ausgeschrieben. Ein Bewerber trat während des Bewerbungsgesprächs zurück, ein anderer sagte: 'Ich habe mich noch nie mit Literatur beschäftigt', er könne sofort damit anfangen. Katholischer Pfarrer. Der dritte war Germanist. Er hatte sich vorbereitet. E sprach für ihn. Er wurde mit nur einer Stimme Mehrheit gewählt. Sie schlug ihm vor, die Stelle zu teilen, als Autor über Restzeit verfügen zu können, er lehnte ab.

E zog sich aus der Vorstandsarbeit zurück, als Grundsätzliches geklärt schien und es nur noch um die Verteilung von Geldmitteln ging. Es war eine Art Teilzeitjob, Vereinsvorsitzender zu sein, falls er Verantwortung ernst nahm. Sie setzte durch, dass Vorsitzende als Arbeitshonorar einen Job erhalten, 'Bezahlte Arbeit als Arbeitslohn.' Sie wusste nicht, dass sie nicht verhindern konnte, dass Vorstandsarbeit unbezahlt blieb. Honorare wurden über Jahre hin addiert: Wer eine Schreibwerkstatt betreut hatte, erhielt weniger Lesungen. E erhielt einige Jahre lang keine Lesungen mit der Begründung, dass sie ein Stipendium erhalten habe. Eine Bezahlung von Vorstandsarbeit könnte aber ermöglichen, dass Klügelwirtschaft endet und sich niemand aus der Vorstandsarbeit zurück ziehen muss, weil er Geld verdienen muss.

Der Geschäftsführer des Literaturbüros hatte einen Verlag gründen wollen, er ließ Bücher mit Hilfe des Literaturbüros drucken. Er hielt Verabredungen, Zusagen nicht ein. 'Wenn du nicht mehr Chef bist, kann ich dir wieder gut sein.' Der Rechnungshof ermittelte, er wurde entlassen. Niemand hatte ihm gesagt, dass er Gelder an die Künstlersozialversicherung abführen muss. Als Nachforderungen eintrafen, war kein Geld da. E hasste Westdeutsche, die nach Ostdeutschland gekommen waren, sich 'Buschzulage' zahlen ließen und Ostdeutsche, die sie für sich arbeiten ließen, nicht über Rechtsgrundlagen informierten.

E fühlte ihm gegenüber Zuneigung, Verständnis und - Misstrauen. Sie hatte ihn verteidigt, bis sie gegen ihn geredet hatte, auch wenn Sätze von Respekt und Anerkennung blieben. Als er resigniert hatte, wurde deutlich, dass sein Rückzug ein Verlust für die Literaturlandschaft war. E wurde

bereit, einen Teil seiner Arbeiten fortzuführen. Sogar 'Lesungen vor Ort', bei denen Autoren Mitspracherechte hatten, wurden nicht mehr realisiert. Als er einen Autorenverlag gründen wollte, um Geld mit Autoren zu verdienen, die ihre Text gedruckt wissen wollen, war sie bereit, mitzuarbeiten. Einige Autoren zahlten für Buchveröffentlichungen viel Geld, sie wollte ehrlich und solide für sie arbeiten; auch Gerhard Wolf hatte von Autoren Geld eingefordert.

E's Lektorin sagte, sie solle, bis die Kultursituation sich bessere, unter Pseudonym Trivalliteratur und Krimis schreiben, 'Ich kann das nicht!', sie solle endlich erwachsen werden, 'Ich will aber nicht erwachsen werden!' Sie glaubte, erwachsen zu sein. Sie sagte sich, dass es Begabung ist, Trivalliteratur und Kriminalgeschichten schreiben zu können. Sie dachte, dass es sinnvoller ist, im Literaturmanagement für Veränderungen zu arbeiten. Als sie ihrer Schwiegermutter einen sprachexperimentellen Text einer Autorin vorlas, den ich selbst mehrfach hatte lesen müssen, hörte sie interessiert zu.

E meldete sich bei der Arbeitsagentur. Nach einem dreiviertel Jahr wurde sie nervös und wollte einen Job. Es schien keinen zu geben, sie saß im Arbeitsamt vor einer fremden Frau und heulte. Arbeitsangebot: Chefredakteurin einer Zeitschrift der Umweltbibliothek. Angehörige der Grünen Partei hatten eine Zeitschrift gegründet und Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen beantragt, um die Layouterin für den Wahlkampf vom Arbeitsamt bezahlt zu erhalten. Redakteurin war die Frau eines Abgeordneten, hochschwanger. Die Exemplare der Zeitung belegten Alibifunktion. E sagte, dass Umwelt für sie nicht nur Pflanzen und Luftqualität sind. Sie arbeitete ohne Rechtsschutzversicherung. Ohne Honorarmittel. Als die sogenannten Arbeitgeber feststellten, dass die Zeitschrift gelesen wurde, einige Bürger sammelten sie, wurde sie zu einer Versammlung beordert, die Zeitung solle Wahlkampfzeitung werden. E lehnte ab, die Zeitung gehöre zur Umweltbibliothek, sie stehe jeder Partei offen.

E veröffentlichte als Journalistin nicht, was sie nur erfahren hatte, weil sie in den Räumen der Grünen Partei arbeiten musste, sie konnte Interna anderer Parteien nicht recherchieren. Der Arbeitgeber hatte der Layouterin die Ganztagsstelle zugesprochen, ihr die Halbtagsstelle, sie musste warten, wann die Layouterin Zeit hatte. Ihr war eine Ausgleichszahlung bis zur

Höhe des Bruttolohns der Layouterin zugesagt worden. Das Geld sollte K überwiesen werden, sie verstand das nicht. Sie musste gerichtlich klagen, sich auf einen Vergleich einlassen und war k.o.

Sie interessierte, ob es jemanden in der Grünen Partei interessierte, dass sie als Mutter von zwei Kindern netto weniger Arbeitslohn als den Sozialhilfesatz erhielt und Parteimitglieder gelogen hatten. Es interessierte niemanden. E machte sich Vorwürfe, dass sie Widerstand versucht hatte, ohne dem Stress gewachsen zu sein. Sie versuchte die Körperreaktionen vom Herzen in den Magen zu lenken, erinnerte sich, dass das Leben keinen Sinn hat, dass sie es als eine Art Spiel verstehen sollte. Unterbewusstsein hörte nicht hin.

Als sie mit Migräne durchs Hochgebirge lief, hinter ihr Ab- und Aufstiege, vor ihr steiler Aufstieg, Wasser lief in den Biwaksack, es blitzte, donnerte, Boden wackelte - bekam sie einen Kicheranfall. 'Grinse nicht!' sagte ihr Sohn, sie war wieder drin,... seitdem kippt anwachsendes Stressgefühl öfters ins Lachen. Sie begann Politikskandale und Kriege 'ulzig' zu nennen. Vater sagte einige Zeit später: '... Das ist ulzig.' Ich wünschte mir, auch K anstecken zu können, er sagte beständig: 'Es nervt', 'Wir können nichts ändern' - 'Dann ändert sich nichts.'

E hatte den Wecker täglich auf Sechs gestellt. Arbeits-Beschaffungs-Maßnahme endete, sie hätte vom Arbeitslosengeld als Künstlerin arbeiten können. Eine Autorin fragte, ob sie bereit sei, im Kunsthaus Erfurt Literaturveranstaltungen zu organisieren, Künstlerinnen hätten sie in der Akademie Solitude erlebt, sie würden zusammen arbeiten. Neugier. Sie meldete sich beim Arbeitsamt ab, fuhr hin und stand unter Schock, - die Autorin hatte sie gegen den Willen derer, die Angst hatten, sie würde ihnen Arbeit weg nehmen, durchgedrückt. Die Autorin sagte, sie habe E ins Kunsthaus geholt, damit sie die Tagesarbeit erledige, sie habe als Autorin dafür keine Zeit. Sie erhielt aber denselben Arbeitslohn. E lag ein paar Tage krank, als hätte ein Faustschlag die Gedärme verletzt.

Sie war eingestuft, als hätte sie keinen Hochschulabschluss, erhielt vom Tariflohn achtzig Prozent, kein Weihnachts-, kein Urlaubsgeld. Sie sagte, dass Kulturarbeit auch Sozialarbeit ist. Sozialarbeit würde noch schlechter bezahlt. Eine Mitarbeiterin des Arbeitsamtes behauptete, die Einstufung sei korrekt, weil E 'arbeitsgeil' sei. Sie hatte im Kunsthaus Erfurt keinen

Schreibtisch, kein Regal, keinen Computer, keinen Veranstaltungsraum, sie sollte für jede Veranstaltung Anträge schreiben, Räume im Haus anmieten, 'Dann mache ich eine Veranstaltungsreihe: Literatur auf der Treppe.' Sie sollte täglich anwesend sein, weigerte sich. Sie hatte keinen Hausschlüssel, stand gelegentlich vor der Tür, fror, weil ihr niemand gesagt hatte, dass in den Zeiten von Schulferien das Kunsthaus geschlossen ist. Lesungen und Schreibwerkstätten fanden in der Galerie statt. Unter der Galerie war eine Kneipe. Frauenstimmern waren im Lärm zu verstehen, Männer nicht.

E schluckte, wenn sie am nächsten Morgen ins Kunsthaus musste, am Abend Schlaftabletten. Das Jahr ging zu Ende. Sie wurde gebeten, zu bleiben. Sie hätte einen Teil des Gehaltes spenden müssen, um Selbstanteile des Vereins finanzieren zu können. Eine Mitarbeiterin der Arbeitsagentur Jena fragte, was sie in Erfurt mache, - 'Das brauchen wir auch hier.' Der neue Arbeitgeber arbeitete im Durchgangszimmer einer Baracke. E durfte zu Hause arbeiten. Der Verein hieß Kukuk, sie beschloss, in Kuckucksmanier Partner, die über Veranstaltungsräume verfügen, zu finden.

Sie hatte keine Trivialliteratur schreiben wollen, sie musste Lesungsgelder für Autoren beantragen, einklagen, Lesungsräume, Quartiere organisieren, Werbezetteln fertigen, Presseartikel schreiben, Veranstaltungen moderieren, Abrechnungen schreiben, Schreibwerkstätten durchführen, Manuskripte durchlesen, Menschen ermutigen - Texte zu schreiben. Wenn Projektgelder nicht eingetroffen waren, legte sie Honorare aus. Sie hoffte, dass sich ein Netzwerk entwickelt, in dem sie eine von vielen Autoren ist, die in Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen für andere Autoren arbeiten, so dass niemand ärmer als der andere oder in der Dienerrolle ist. Autoren sagten, dass sie nicht bereit sind, im Literaturmanagement zu arbeiten. Sie wollten Freiheit, auch wenn sie mit Schulden finanziert war. E konnte sich diese Art Freiheit als Mutter nicht leisten.

Konzeption: Einladung außergewöhnlicher, wenig beachteter Autoren. Autorinnen erhielten weniger Lesungen. Sie konnten, weil sie seltener Honorare erhielten, seltener Bücher verschicken. Verlage verzichteten im Werbematerial auf Textproben, Sprachauswahl ist Erzählerkommentar. E ging zu Messeständen. Sie ließ Gelegenheitsautoren, die in der Stadt wohnten, vor Gastautoren eine Viertelstunde lang für einen Büchergutschein lesen. Ansässige Autoren brachten Freunde mit, es



kamen trotzdem wenige. Arbeitsaufwand wirkte absurd. E tröstete sich, weil Namen der Autoren in der Zeitung zu lesen waren und die, die kamen, aufmerksam zuhörten. 'Subvention einer Opernkarte ist so hoch, dass drei Zuhörer Aufwand rechtfertigten.' Sie reagierte erleichtert, als sie merkte, dass es als Ehre galt, von ihr eingeladen zu werden. Eine Autorin, die in einer Schreibkrise war, bearbeitete den Text nach einer Art Lektoratsgespräch, er wurde gedruckt. Die Projektgelder, die sie für Autorenhonorare, Fahrgelder, Unterbringung, Werbung für zwölf Monate zugesprochen erhielt, schwankten zwischen dem Monatsgehalt eines Gymnasiallehrers und dem einer Kindergärtnerin. Sie konnte keine Missverhältnisse in der Gesellschaft beseitigen. Sie bat Literaturmanager, mehr Risiken einzugehen. Ohne Erfolg.

Männer organisierten Netzwerke. E bat eine Autorin und Frauenrechtlerin, sie als Werkstattautorin bei einem Treffen in Rheinsberg zu vertreten, weil ihr Sohn sie brauchte, - und hatte Job dauerhaft verloren. Die Autorin lud E Jahre später ein an einer Preisverleihung von Frauen für Frauen in der Brotfabrik teilzunehmen, sie hatte Jobs an die Autorinnen vergeben, die E vorgeschlagen hatte. E hätte glücklich sein können. Aber eine Autorin fragte im Vorbeigehen, was sie bei der Veranstaltung suche. Sie bedankte sich nicht. Eine andere bedankte sich auch nicht und plapperte über Erfolge. Alptraumgefühl, aus dem E raus wollte, aber - den sie als groteske Erinnerung nicht missen will.

Schock folgt Welle der Erleichterung, abseits zu sein. Die Autorin sagte zur Entschuldigung, E besitze als Entschädigung Mann, Kinder, Enkelkind. 'Es gibt mehr Menschen, die mich beneiden, als Menschen, die mir helfen.' Ein Mann sagte, es sei besser beneidet, als gehasst zu werden. Neid und Gehässigkeit liegen dicht beieinander. Die Autorin klagte, dass sie, wenn sie ihren Namen bei Google eingibt, in diesen Text kommt. E sagte, dass sie Namen löschen kann, sie löschte ihn. Die Autorin verschwand spurlos.

Die Künstlersozialversicherung forderte Nachzahlungen. E zahlte und appellierte an Moral, bis Geld zurück überwiesen wurde. Sie schlug vor, dass die Künstlersozialkasse von Steuermitteln finanziert wird, - Ausgleich für Ungerechtigkeit zwischen Angestellten - Freischaffenden. Als Projektmittel so gering wurden, dass sie keine Lesereihe mehr betreuen, nur sagen konnte, dass Autoren, die fertige Texttonproduktionen für ein halbes Lesehonorar im Offenen Hörfunkkanal senden lassen wollen, ihr

zuschicken könnten, spürte sie für kurze Zeit Erleichterung, aus der Rolle der Literaturmanagerin zu sein, die Autoren vom Zug abholt, ihnen Kaffee und Essen kocht, keine Gegeneinladung erhält. Sie fühlte sich gedemütigt, wenn sie Räume der Universität betrat, fragen musste, wo sie Informationszettel hinlegen darf. Sie fühlte sich wie ein Versager, obwohl sie Arbeit von Müllmännern schätzte, bis sie bemerkte, dass einige Chefdramaturgen, Museumsleiter das auch taten. E übte, so zu arbeiten, als sei es kein Job, sondern eine Art Berufung.

Vater regte an, ein Literaturtelefon zu gründen. Zusage der Telekom. Als E nachforschte, fand sie niemanden, der sich zuständig fühlte. Die Telekom war in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und forderte Geld. E wollte die Einrichtung nicht als Seelsorgearbeit begründen und sich verteidigen müssen, falls sie aufregende Texte vorstellt. Offene Hörfunkkanäle boten die Möglichkeit, auch die zu erreichen, die nicht zu einer Lesung gegangen wären. Ein Teil der Autoren reagierte fasziniert. Eine Produktion entstand zwischen Mutter und Sohn. Der Sohn hatte Geschichten ausgedacht, seine Mutter sprach sie. Hörfunkpreis der Landesmedienanstalt. E war glücklich, weil er ihrem Arbeitgeber, dem Offenen Hörfunkkanal, E und der Autorin nutzen konnte. Sie beschloss von dem Geld ein Aufnahmegerät, das Autoren auch längerfristig für Experimente ausleihen könnten, anzuschaffen.

E bot dem Mitteldeutschen Rundfunk an, im Frühstücksradio Kurztexte von Autoren des Sendegebietes vorzustellen. Keine Antwort. Sie fragte, warum die Intendanz glaube, dass es in drei Bundesländern keine intellektuellen, empfindsamen Hörer gebe. Keine Antwort. Mitarbeiter des Mitteldeutschen Rundfunks hatten über Quotendruck geklagt.

Es schien absurd, dass respektierte Künstler, die laut Legende ein selbstbestimmtes Leben verkörpern, um eine bezahlte Lesung oder Bezahlung von Ausstellungsarbeit betteln mussten. E saß als Journalistin in Debatten des Stadtparlamentes, irritiert, wie wenig informiert Abgeordnete über Sachverhalte waren, über die sie entschieden. Es galt als Künstlerförderung, wenn E in Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen Nachwuchs fördern durfte. Künstlerische Arbeit blieb unbezahlt.

Ihre Stelle sollte verlängert werden. Arbeitsamt zahlte, Stadt zahlte, Ministerium zahlte wegen Haushaltssperre nicht. E bot an, für weniger Geld

und verkürzt zu arbeiten. Falls sie nicht vertragsgemäß bezahlt würde, würde das Arbeitsamt anteilige Gelder zurückfordern. Falls sie den Job abbrechen würde, müsse der Antrag neu gestellt werden. Ihr Chef war krank, sie wollte ihn nicht belasten. K überwies sein Monatsgehalt als Spende an den Verein, damit E korrekt bezahlt werden konnte. Sie nahm das Hilfsangebot der Verwertungs-Gesellschaft Wort an, das sie kurz zuvor abgelehnt hatte: 'Es gibt Autoren, die Geld dringender brauchen.' E fragte im Ministerium nach. Andere Menschen wären in derselben Situation wie sie. Der Satz sollte sie beruhigen, er löste Protest aus: 'Wenn es viele betrifft, müssen wir Situationen ändern!' E verlangte Arbeitsgespräche, um gemeinsam nach Problemlösungen zu suchen.

Sie musste zum Arbeitsamt, zog eine Nummer, sagte, dass die Gesellschaft geändert werden muss, an der Wand hing ein Zettel: 'Es kann nur besser werden, - es wurde schlimmer.' Sie musste ins nächste Zimmer, sie sagte wieder, dass die Gesellschaft verändert werden muss. Frauen, die ihr gegenüber saßen, wirkten nicht, als könnten sie nichts anderes, als Anträge Punkt für Punkt durchzusehen, den Antragsstellern Rechte und Pflichten aufzuzählen. E hatte das Gefühl, auch für sie kämpfen zu müssen.

Sie musste aus Geldgründen um eine Arbeitsstelle kämpfen, obwohl sie ausreichend Arbeit hatte. Künstler haben Funktionen wie Lehrer, Politiker. Sie verstand Künstler als eine Art Seismographen. Sie nannte sich Hofnarr. Sie bat einen sozial engagierten Professor der Bauhaus-Universität, seine Stelle zu teilen, er würde netto mehr als die Hälfte des Lohns kriegen. Er antwortete, dass er seine Stelle halbiert habe, die andere Hälfte sei gestrichen worden.

Es herrscht in Deutschland eine weitgehende Ignoranz gegenüber Problemen von Minderheiten. E beschloss, die Lösung der Existenzprobleme von Künstlern in die Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme einzubetten. Menschen sagten, sie würden sie wählen, falls sie bereit würde, Politikerin zu werden. E fühlte sich moralisch unter Druck gesetzt. Sie hatte erlebt, dass sie im Literatur- / Kunstbetrieb mögliche Problemlösungen nicht durchsetzen konnte. Sie fragte Politiker, ob sie mit ihr zusammen arbeiten würden. Sie reagierten auf die Interpretationen ihrer Werbeplakate, das heißt, sie ersetzten sie durch andere, E hatte unbezahlt für eine Fassadenpolitik gearbeitet.

Das Ministerium überwies plötzlich die fehlenden Geldbeträge. E legte die Forderung nach politischen Umwälzungen in ein Schubfach und organisierte Lesungen und Schreibwerkstätten. Sie galt als prädestinierte Werkstattautorin, weil aus den Werkstätten, die sie betreut hatte, mehrfach Preisträger hervorgegangen waren, ohne dass es ihre Absicht gewesen war. Wettbewerbe, Preisverleihungen sind im Kunstbereich problematisch. Eine Schülerin hatte über eine Liebe zwischen Patient und Arzt im Krankenhaus geschrieben, E's Kommentar bewirkt, dass ihre Nachbarin aus dem Material einen hart-ironischen Text fertigte, der Juroren faszinieren konnte. Ein Schüler erhielt den Leonce-und-Lena-Preis.

Wenn Schreibwerkstätten in der Unterrichtszeit stattfanden, konnte E Kinder und Jugendliche erreichen, die sich mit Literatur nicht freiwillig beschäftigt hätten. Einmal stand ein Schüler auf, sagte, er habe noch nie ein Buch gelesen, aber er fange jetzt an. Andere sagten: 'So ist das Leben', sie sagten, dass sie Mathematik schwänzen und stattdessen E's Texte hören wollen. E fragte, wie viele Kinder Texte lesen, es meldeten sich achtzig Prozent, sie fragte, wie viele selbst Texte schreiben, - fünfzig. Ein Mädchen, das während dem Unterricht geschwiegen hatte, sagte in der Tür, dass sie glücklich sei, dass sie nun ein Gedicht schreiben könnte. Lehrer sagten, es sei Weiterbildung für sie gewesen, sie hätten ihre Schüler anders erlebt.

Jugendliche forderten, dass sie als Dozentin in eine deutsch-amerikanischen Schreibwerkstatt geholt wird. Ihre Unterrichtsstunden wurden von Amerikanern als fakultativ deklariert, keiner fehlte. Kinder, die kein Deutsch verstanden, sagten, es klinge schön; sie nannten die Zeit in Deutschland die schönste Zeit ihres Lebens.

Erfolg weckte Fantasien: 'Amerikaner wollen in Deutschland eine Burg, ein Konzentrationslager und Berlin gesehen haben.' Sie sah mit K leere Gehöfte an. E könnte sechs bis sieben Personen bekochen. K könnte sie in einem Kleinbus kutschieren. Ihr Vater sagte, er sei bereit, als Lehrer zu arbeiten. Die Frage nach Startkapital blieb. Wir hatten keins. Falls wir Geld gehabt hätten, hätten wir es anders ausgegeben wollen. Wir kannten niemanden in Amerika, der Werbung hätte übernehmen können.

E bat das Ministerium, sie als Lehrerin, die auch in entlegenste Schulen fährt, Textwerkstätten betreut, anzustellen. Sie hoffte, dass sie mit zwei

Wochen Einsatz den Monatsunterhalt für die Familie verdienen und in der Restzeit als Künstlerin arbeiten könnte. Ohne Erfolg. Sie war überzeugt, dass Schreibwerkstätten Amokläufe von Schülern verhindern könnten, weil selbst bestimmte Kreativität Selbstwertgefühl auslösen kann. Es interessierte niemanden.

E hatte die Umbenennung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kultur und Kunst gefordert, weil Kunst in der Kultur wie Forschung in der Wissenschaft wirkt. Umbenennung: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. 'Das hatte ich nicht gewollt.' Namensänderung änderte nichts an der Situation von Künstlern.

Ein Mitarbeiter des Ministerium fungierte als Klagemauer. Sein Chef ließ E zum Termin eine halbe Stunde auf dem Flur warten, ohne sich zu entschuldigen, sagte, dass sie mit jedem Verbesserungsvorschlag, den sie ihm zuschicke, unterstelle, dass er nicht gewissenhaft arbeite. Das sei Beleidigung. Er sagte, dass die Welt, so wie sie ist, gut sei, weil sie funktioniere, und dass ein Künstler mit den finanziellen Konsequenzen seiner Entscheidung leben müsse. Er hatte, weil es Künstler gab, einen hoch dotierten Posten.

Das Ministerium zahlte Jugendlichen für Texte, die unfertig wirkten, mehr Geld als E für eine mehrtägige Werkstattbetreuung erhalten hatte. Die Tochter von Anna Seghers hatte zur Preisverleihung einen Topf Nudeln gekocht, die Soße war leicht angebrannt gewesen. Jugendliche erhielten ein üppiges Buffet vorgesetzt, wurden in Illusionen versetzt. Sie wollten von ihr wissen, wo sie Texte veröffentlichen können.

E riet, Verlage und Zeitschriften zu gründen. Einer gründete eine Zeitschrift, veröffentlichte eigene Texte unter verschiedenen Namen, bat Redakteure anderer Zeitungen um Beiträge, um in ihren Zeitschriften veröffentlichen zu können, er überredete bekannte Autoren, ihm Texte zu geben, eigene Texte aufzuwerten. Er tat, was E nach Analyse von gesellschaftlichen Prozessen geraten hatte, ohne es selbst tun zu wollen. Sie reagierte zornig, als er unter 'Redaktion' ihren Namen gesetzt hatte, ohne dass sie zuvor einen der Beiträge gesehen hatte, sie nannte ihn einen eiskalten Karrieristen. Sie war aber mit Moralität nachweislich gescheitert und konnte Moral niemandem ungehemmt empfehlen. Er betreute Intendenzen. Die

Literaturwerkstatt Berlin initiierte ein Internetprojekt Lyrikline. Obwohl es mit Steuermitteln finanziert wurde, durften nur Texte von Autoren hinein, die Juroren ausgewählt hatten, obwohl im Internet Platz für jedes Gedicht, Vernetzungen zwischen Autoren, die einander schätzen, mit Hilfe von Linksetzungen möglich gewesen wären. Produzenten erhielten mehr Geld als Autoren. E konnte nichts daran ändern.

Als sie erneut in die 'Arbeitslosigkeit' gezwungen wurde, hoffte sie, dass die Schreibwerkstatt, die sie initiiert hatte, ohne sie bestehen würde, Illusion. Sie dachte, als sie erneut eine Arbeits-Beschaffungs-Maßnahme zugesprochen erhielt, dass Schreibwerkstätten mit alten Menschen interessant sein könnten, sie konnten sich an nichts Eigenartiges erinnern. Sie kam in die Rolle der Sozialarbeiterin, die feststellte, dass sie als Talk-Show-Moderatorin arbeiten könnte. Sie schrieb dem Literaturmoderatoren, der sie gefragt hatte, ob sie seine Co-Moderatorin werden würde, dass sie bereit geworden ist, als Co-Moderatorin zu arbeiten. Als sie ihn traf, hatte er seine Moderationsart verändert, aufgehört, bei jedem Buch, das er vorstellte, zu behaupten, es sei das beste, das er gelesen habe. Er sagte, er habe auf ihre Kritik reagiert. Als sie sich verabschiedeten, sagte er mit einem Blick, als glaube er sich das: 'Ich habe Angst vor Ihnen.' Er stellte sie während der Buchmesse seinen Kollegen vor, kam aber nicht zur Lesung. E hörte, die Frankfurter Allgemeine sei von Schwulen, die sich gegenseitig helfen, Frauen keine Chance geben, unterwandert.

E wollte, wenn sie artfremde Jobs erledigen musste, um sich und Kinder ernähren zu können, geistig gefordert sein, als Dozentin an einer Hochschule arbeiten. Sie schrieb an amerikanische Universitäten, bot 'Kreatives Schreiben in Deutsch' an. Es gäbe ausreichend amerikanische Lehrer, die deutsch sprechen. Sie schrieb an deutsche und österreichische Kunsthochschulen, keine Antwort. Sie schrieb an die Universität in Jena. Einladung zum Gespräch. Der Mann wirkte fachlich uninteressant, er hatte einen Posten, er könne ihr keinen vermitteln. Eine Literatur-Wissenschaftlerin hatte eine Lesung so detailreich moderiert, als kenne sie alle ihrer Texte. Sie bot ihr die Betreuung einer Wochenendwerkstatt an der Leipziger Universität an. Es folgte nichts.

Ausstellung 'Kunst am Bau.' Gäste tranken Wein, ein Mann trat hinzu, sagte, dass er Dozent der Bauhausuniversität ist, 'Aus dem Westen?' - 'Ja.' E trat einen Schritt zurück. Sie hörte seinen Vortrag und entschuldigte sich

für ihr Vorurteil. Die Bauhausuniversität hatte keinen Dozenten für Textarbeit, obwohl es einen Bereich Medienwissenschaft gab. Fehlende Lohnmittel. Der Professor bot ihr einen Lehrauftrag an, sagte, es könnten Lehraufträge folgen. Wir vereinbarten eine Wochenendwerkstatt. Sie sichtete Material, bestellte Bücher, nahm Arbeitsmaterialien in den Urlaub mit. Als sie zurück kam, lag kein Termin vor, sie telefonierte täglich, früh und nachmittags. Am fünften Tag rief er zurück. Er habe den Lehrauftrag nicht durchsetzen können, die Bauhausuniversität hätte kein Geld, Politiker die Verantwortung, sie habe die Zusage nur mündlich, keine Zeugen. E brach zusammen und lebte tagelang mit Beruhigungsmitteln.

Er hatte sie eingeladen, ihn mit K zu besuchen, angekündigt, sie mit seiner Frau zu besuchen. Als er ihre Tasche hatte tragen wollen, hatte sie sie ihm aus der Hand genommen, 'Hätte ich das nicht tun dürfen?' Sie begriff nicht, warum er ihr das Honorar nicht von seinen Bezügen bezahlte, beim Finanzamt absetzte. Sie gab als Künstlerin beständig Geld dafür hin, Arbeitsqualität abzusichern. Wenn sie den Vorfall am Kneipentisch erzählte, Studenten der Bauhausuniversität am Tisch saßen, beteuerten sie, dass sie sie brauchen würden.

Er ging Monate später durch eine Ausstellung, ohne einen Blick auf ihre Arbeiten zu werfen, als er Bilder für ein Krankenhaus ankaufen sollte. Es fiel anderen auf, er schien sie dafür bestrafen, dass sie ihm zum Jahresende geschrieben hatte, dass die Begegnung für sie das schockierendste Erlebnis des Jahres gewesen war. Er hatte ihr erzählt, dass seine Frau in Ostdeutschland keine Arbeit fand, sie wolle in den Westen zurück, E ihm geraten, einen Teil seiner Arbeit an seine Frau abzugeben. Als Schawelka Bilder auswählte, beriet er sich mit einer Frau. Als E den Vorfall am Kneipentisch erzählte, sagten Studenten, dass der Professor seine Frau seit einiger Zeit an der Hochschule mitarbeiten lasse, sie behaupteten, ihre Zuarbeiten würden extra bezahlt.

E bewarb sich um eine Professur 'Freie Kunst.' Sie vertrat die Ansicht, dass Kunst im öffentlichen Raum im Dialog steht, 'Reaktionen können Beschädigungen sein.' Schadensersatz-Forderungen von Künstlern müssten dazu benutzt werden, um über gesellschaftliche Probleme ins öffentliche Gespräch zu kommen. Als sie sich bewarb, beschrieb sie sich als die, die gewissenhaft arbeitet, bereit ist, Ärger zu riskieren, und deshalb Fähigkeiten in anderen Menschen freisetzen und Leistungen provozieren

konnte. Sie sollte Arbeiten bringen, sie wartete jahrelang auf Antwort. 'Was machen die mit den großen Bildern?' Irgendwann forderte sie sie zurück. Eins war beschädigt .

Wenn sie sich um eine ausgeschriebene Arbeitsstelle bewarb, war sie unsicher, ob die Finanzierung der Stelle genehmigt oder an Bekannte und Freunde vergeben wird, Ausschreibung formal ist. E bewarb sich an der Kunstakademie München um eine Dozentenstelle, 'Geschichte der Kunsterziehung', sie glaubte, sich den Stoff rasch erarbeiten zu können; sie erhielt nach Monaten eine Ablehnung für eine Dozentenstelle Bereich Malerei. Sie schrieb, was sie leisten könnte. Rückruf. Wir vereinbarten, dass sie zuerst einen Lehrauftrag in Form einer mehrtägigen Werkstatt im Bereich Freie Kunst erhalte... Kürzung von Geldmitteln.

Tageszeitungen boten ein Zeilenhonorar an, das für ein trockenes Brötchen nicht gereicht hätte. E schrieb gewöhnlich knapp, pointiert. Der Vorsitzende des Berliner Journalistenverbandes sprach von einem 'hervorragenden Schreibstil', Freunde hatten, als sie in Amerika hauste, auf Feuilletons reagiert und ihr Adressen von Redakteuren gemailt, sie mailte Texte an Redakteure, keine Reaktion. Nachfragen ergaben, Texte waren nicht gelesen worden. Als ein Text über Afrika im Freitag erschienen war, musste sie monatelang auf Honorarzahlung warten.

E bot Verlagen Zuarbeiten im Bereich Lektorat, Layout an. Falls jemand anrief, hatte er keine Finanzierungskonzeption. Sie schrieb Werbefirmen an. Ein Mann verlangte, dass sie für ein Schneeballsystem arbeitet, sie versuchte, ihn zu überzeugen, für den Kauf des Produktes zu werben, ohne ein Schneeballsystem zu installieren, sie erhielt auch für die in Anspruch genommene Leistungen keinen Arbeitslohn, Geldverdienen komme vom Wort dienen, sie habe ihm nicht gehorcht. Sie bot Kliniken an, als Kunsttherapeutin zu arbeiten. Interesse, kein Geld.

E fragte beim Verfassungsgericht an, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, dass die Sparpolitik der Regierung einseitig zu Lasten der Freischaffenden durchgeführt wird. Die Gewerkschaft hatte trotz Sparpolitik Lohnerhöhungen für Angestellte durchgesetzt. Sie ließ Freischaffenden nur eine Überlebenschance, wenn sie mit Hilfe von Sozialhilfe in Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen kommen konnten. Gerüchte, dass Arbeits-Möglichkeiten dieser Art abgeschafft werden. Das Verfassungsgericht sei



nicht zuständig. E bat um Informationsmaterial für eine Verfassungsklage. Ein Vertreter der Gewerkschaft behauptete, es könne keine Mindesttarife, wie es sie für Ärzte, Rechtsanwälte gibt, für die Inanspruchnahme von künstlerischen Arbeiten geben, weil es ein Gesetz gebe, das besage, dass Künstler weder Anrecht auf Ausstellungen noch auf ein Ausstellungshonorar haben. E reagierte, als sei sie in einer Traumwelt. Sie forderte Informationsmaterial an. Erhielt nichts. Ihr Sohn ließ sich nicht überzeugen, Jura zu studieren.

Um nicht zu leiden, musste E sich damit abfinden, mit Hilfe von Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen zu leben. Sie bot dem Justizministerium an, im Gefängnis zu arbeiten. Als sie aufzählte, was sie im Leben erarbeitet hatte, merkte sie das erste Mal, was sie und K geleistet hatten. Der Mitarbeiter reagierte beeindruckt, - das Justizministerium habe kein Geld für den notwendigen Finanzierungsanteil. Der Regierungsrat bestellte privat einen Tonträger, hörte ihn an, bestellte eine zweiten. Wir mussten auf Bezahlung warten.

E war als Autorin nur einmal im Knast und redete Gefangenen zu, die Zeit zu benutzen, Krimis zu schreiben. Wärter behaupteten, die Lesung sei schlecht gewesen. Einer der Gefangenen war anzüglich. Ein anderer wollte Texte schreiben. Ich bat den Aufseher, Arbeitskontakt zwischen ihm und mir zu vermitteln. Ohne Erfolg.

Suchannoncen in der Zeitung bewirkten, dass E als Job ohne Verkauf von Nahrungs- und Kosmetikartikeln angeboten erhielt, 'Wenn ich fähig wäre, anderen etwas zu verkaufen, könnte ich Texte, Bilder verkaufen.' E bat ihren Arbeitgeber zu prüfen, ob er einem Dachverband sozialer Vereine beitreten will, weil nur noch Projekte eine Chance auf Arbeitsstellen haben sollten, die im Interesse derer, die sich Geld aneigneten, Konflikt beruhigend in der Gesellschaft wirken könnten.

Es gab Tage, da schien sich das Ich unter der Haut zusammenzuziehen. Sie legte sich aufs Bett und starrte zur Decke. Sie sagte sich, dass sie Zeit benutzen sollte, um die Wohnung sauber zu machen, sehnte sich nach dem Luxus einer einsam gelegenen, sonnigen Wohnung, 'Wohnung ist zweite Haut', sie wollte ein Swimmingpool oder eine große Wanne, in die sie täglich gleiten könnte wie in einen Mutterbauch. E wurde mit Aussagen konfrontiert, sie gehöre nicht nur zu den bedeutendsten der lebenden

deutschsprachigen Autoren, sondern auch zu den meist gefördertsten Künstlern in Deutschland.

E hatte mehrere Stipendien-Angebote, die Ortsanwesenheit forderten, abgelehnt, als ihre Kinder klein waren. Als sie erwachsen waren, hieß es, sie sei zu alt. Sie suchte beständig nach Jobmöglichkeiten. Schulen besaßen Medientechnik, die sie nicht benutzten, sie schlug vor, mit K Gründe zu analysieren, Nutzungsmöglichkeiten auszudenken. Als ein Röntgenarzt sagte, er wolle als Psychologe arbeiten, schlug sie vor, dass sie Patienten mit Hilfe eines Streitgespräches beraten könnten, so dass der Patient das Gefühl von Wahl hat. Ab und zu wurde ihr bei der Vorstellung übel, jeder ihrer Arbeitsvorschläge für die Gesellschaft könnte realisiert werden.

Eine Frau wollte sich das Leben nehmen, E nicht mehr unbezahlt arbeiten, nach einer Dreiviertelstunde Gespräch war sie gesund. E erhielt Rentenberechnungen und sah, dass sie bis zum Tod dafür bestraft wird, das sie unfähig ist, sich die Inanspruchnahme von Arbeitsleistungen fair bezahlen zu lassen. Sie sollte nachweisen, dass der Studienwechsel erzwungen war und war wochenlang damit beschäftigt, überrascht, dass die Sekretärin des Physiologischen Institutes Jena sich an sie erinnern konnte. Das Material, das die Gauck-Behörde an die Rehabilitations-Behörde schickte, war willkürlich ausgewählt, sinnlos. Eine Mitarbeiterin des Partei-Archivs arbeitete engagierter. Ein Professor, der inzwischen in die Schweiz gezogen war, schrieb Zeugenaussage. E dankte einem Professor, der laut Unterlagen zu ihr gestanden hatte, obwohl er unter Druck gesetzt worden war.

K hatte sich bei der Gauck-Behörde beworben. Ablehnung, er habe keinen Fachhochschulabschluss. E protestierte. Ihr wurde angeboten, eine Abteilung zu leiten. 'Wenn ich aus politischen Gründen exmatrikuliert worden wäre, dürfte ich nicht bei der Gauck-Behörde arbeiten?' - 'Ja.' Ein Mitarbeiter erzählte am Kneipentisch, wer laut Akten mit wem Sex gehabt hatte. 'Das interessiert mich nicht', sie war interessiert, Zeitgeschichte aufzuarbeiten. Verwalter der Akten wurden bezahlt, Rechercheure sollten bezahlen. Die Gauck-Behörde war eine Behörde geworden, in der niemand mehr arbeiten wollte, als unbedingt nötig war, um sich seinen Job zu erhalten. E wurde eingeladen, an der Zehnjahresfeier teilzunehmen, lehnte ab.

Der Mann, der E wegen 'neutralistischen Tendenzen' denunziert hatte, arbeitete nach dem Mauerfall hauptberuflich für die Linke. Er bettelte um Vergebung, als er Angst hatte, dass E in die Öffentlichkeit gehen könnte, er fühlte sich andererseits nicht verpflichtet, sich um Jobmöglichkeiten für uns zu kümmern. Seine Frau hatte Ärztin werden dürfen. E erhielt vom Staat eine monatliche Entschädigungszahlung von hundert-vierundachtzig. Anträge, die sie zum Zeitpunkt der Antragsstellung ans Sozialamt Jena geschickt hatte, waren verschwunden, eine Rechtsanwältin sagte, eine rückwirkende Zahlung sei Ermessenssache, E appellierte an Moral. Keine Behörde ist bereit, Geld zu zahlen, wenn sie nicht dazu verpflichtet ist.

Moral war Fehlverhalten geworden. Hartz4Verhältnisse ähnelten dem vorangegangenen Regime, wir baten das Bürgerbüro für Opfer um Minijobs, sie erklärten, dass Praktikanten kostenlos arbeiten. E reagierte auf die Bereitschaft ehemaliger Regimekritiker, Notlagen anderer auszunutzen, schockiert.

E hatte K gefragt, ob er Abitur machen, Fachschule besuchen will. Wir hatten das Studium, das am vielfältigsten und interessantesten schien, gewählt: Physikalische Technik. Probleme in Mathematik. E bat K, täglich ein Kapitel zu lesen, ihr zu erklären. Er begann, Aufgaben lösen zu können. Er ging fast nie zum Unterricht, weil er für das Kunstprojekt arbeiten wollte. Er erhielt kein Bafög mehr. E war Alleinverdiener für vier Personen. K konnte nicht zum Arbeitsamt, weil er als Handwerker vermittelt worden wäre. Sein Chef hatte ihn den wichtigsten Mitarbeiter genannt. Splitter im Auge, ausgerenkte Wirbel, Loch im Kopf. Er war entlassen worden, weil er sich geweigert hatte, auf einer Leiter, die auf einem frei schwebenden Balken stand, zu arbeiten, um an die Decke kommen zu können oder sich auf der Treppe unter einen tonnenschweren herabrollenden Heizkessel zu stellen, der nicht ausreichend gesichert war. E's Krankenkasse hatte sich geweigert, ihn zu versichern, als er Handwerker war, ihn versichert, als er Schüler wurde. Er hatte als Handwerker so wenig Geld verdient, dass es Risiken, verkrüppelt zu werden, nicht rechtfertigen konnte. E fragte ihn, was ihn im Bereich Kunst interessieren könnte. 'Tontechnik.' Wir erarbeiteten nach Rücksprache mit dem Mitteldeutschen Rundfunk ein Feature über die Geschichte der Maxhütte. Ohne Vertrag. Als es fertig war, entschied der Redakteur, dass wir stattdessen ein Feature über politische Gefangene erarbeiten sollen. Ohne Vertrag. Wir sagten, dass wir die zweite Produktion

nach Sendung der ersten fertigen. Er nahm unser erarbeitetes Material und gab es einem anderen.

In Jena sollte ein Offener Radiokanal gegründet werden. K baute ihn unbezahlt auf, ihm hätten zehn Prozent der Projektsumme zugestanden. Falls er drei Jahre als Medienassistent arbeiten würde, wäre er qualifiziert. Sein Chef rief uns im Urlaub an, weil er den Ausschalter vom Videogerät nicht fand. Er rief beständig an, störte beim Arbeiten, entschuldigte sich nicht. E sagte: 'Er ist im Keller heizen', 'Ist er nun da oder nicht?!', 'Er ist im Keller. Ist es dringend? Soll er zurückrufen?' Er knallte den Hörer hin. E bat ihn, nur noch anzurufen, nachdem er versucht hatte, Probleme selbständig zu lösen. Er faxte zurück, dass es Aufgabe von K sei, Technik funktionsfähig zu halten. Sie funktionierte, aber er war unfähig zu lernen, wie man sie bedient. E schrieb, dass er, wenn K als Medienassistent so wichtig für das Radio ist, dass er ohne ihn nicht arbeiten könne, ihm Geld von seinem Lohn abgeben sollte, und dass ich, ohne es zu wollen, denken musste: Wessi go home!

Ostdeutsche hatten einen Westdeutschen zum Leiter eines Offenen Hörfunkkanals gemacht. Gewerkschafter hätten nicht gewusst, dass unfähige Mitarbeiter mit Hilfe geschöner Beurteilungen weg gelobt werden. Der Leiter machte den Fehler und zeigte E's Fax dem Vorstand. Der Vorstand hatte von den Problemen nichts gewusst und schickte ihn zu einem Lehrgang, in dem er telefonieren lernen sollte. Er ließ nun die Sekretärin anrufen, nach K fragen. Sie rief täglich außerhalb der Arbeitszeit an.

E reagierte geschockt, als K erzählte, er habe auf der Straße gehört, sein Chef wolle sie wegen Verbreitung von Pornografie anzeigen. Als Autorin hätte ich gekichert, als Literaturmanagerin, die Honorarmittel beantragen musste, nicht. Der Leiter eines Hörfunkkanals wusste nicht, dass Sex eingebettet in einen literarische Handlungsstrang keine Pornographie ist. Der Text der Autorin war vom französischen Kultusministerium gefördert worden. E schickte das Fax an den Vorstand so, dass er Zeit hatte, es zu lesen, sich zu entschuldigen. Er entschuldigte sich nicht, sondern bedrohte K mit einem Disziplinarverfahren, weil er über einen internen Dienstvorgang mit seiner Ehefrau gesprochen habe.

K drohte, den Job hinzuschmeißen, falls dieser Mann nicht entlassen wird, -

der Verein könne ihn nicht entlassen, weil er in befristeten Arbeitsverhältnissen Abfindung zahlen müsse. E begriff nicht, dass Menschen, die unfähig sind, nicht entlassen werden können, während andere keine Arbeit finden können oder ohne Abfindung entlassen werden. Der Vorstandsvorsitzende sagte, dass der Mann nach Ablauf des Vertrages gehen muss. Es gab keinen verschließbaren Spint. Der Leiter schloss seine Sachen in seinem Zimmer ein. Die Weste von K wurde mit Geld, Fahrerlaubnis, Kreditkarte geklaut, wir mussten Kosten tragen. E schlug dem Vorstand vor, Lohnmittel zu teilen, eine Stelle für einen Technischen und einen Programmleiter mit Entscheidungsbefugnissen zu schaffen. Der Vereinsvorsitzende sagte Strukturveränderungen zu.

Die Anstellung des Leiters wurde verlängert, K wollte wissen, warum. Der Gewerkschafter sagte, er müsse akzeptieren, belogen worden zu sein oder kündigen. K beschloss zu kündigen, Nutzer baten ihn, zu bleiben, die Arbeitssituation hatte ihn krank gemacht. Wir rieten ihm, auf einer Mitgliederversammlung über Probleme zu reden. Er stimmte zu und ließ sich gegen den Willen der Ärztin gesund schreiben. Er wurde am ersten Arbeitstag ohne Abmahnung und Begründung von zwei Gewerkschaftern und einem Landtagskandidaten der Linken ausgesperrt und fristgerecht ohne Begründung entlassen. Gewerkschafter nutzten aus, dass es in Kleinbetrieben keinen Kündigungsschutz gibt, sie mussten Entlassenen rechtlich keine Begründung sagen.

Der Deal zwischen Gewerkschaftern und Leiter sah vor, dass er Zeit erhält, einen anderen Leiterposten zu finden. K wurde ausgesperrt und entlassen, weil ich in einer Mitgliederversammlung den Rücktritt des Vorsitzenden gefordert hatte. Recherchen ergaben, dass die Zusammenlegung von zwei Gewerkschaften den Arbeitsplatz des einen Gewerkschafters überflüssig gemacht hatte. In seiner Arbeitsplatzbeschreibung stünde, dass er als Vorsitzender des Offenen Hörfunkkanals Jena arbeitet. Das war aber eine Wahlfunktion. Gewerkschafter dürfen Arbeit in sozialpolitisch bedeutenden Vereinen als Arbeitszeit abrechnen. Einer der Gewerkschafter war aus dem Westen in den Osten delegiert worden, er habe versagt und sei an den Bodensee versetzt worden, seine Frau wollte im Osten bleiben. Er half dem Leiter ohne Rücksichten auf die Interessen der Radionutzer, 'Westdeutsche halten in Ostdeutschland zusammen.'

Gewerkschafter und der Vertreter der Linken verhinderten monatelang die

Einberufung einer Mitgliederversammlung. Als eine Untersuchungskommission installiert war, warteten sie, bis in einer Mitgliederversammlung eine günstige Abstimmungssituation war, und ließen sie auflösen. Das Thema hatte nicht im Einladungstext gestanden! Der Vorsitzende der Untersuchungskommission habe im Bett geraucht und sei in seinem Bett verbrannt.

Der Vorfall im Offenen Hörfunkkanal Jena schien klar strukturiert, es wurde für E zum traumatischen Erlebnis, weil sie als Kulturmanagerin keine Fairness einklagen konnte. Die Landesmedienanstalt sprach von vereinsinternen Prozessen, Linken behaupteten, gegenüber ihren Kandidaten nicht weisungsberechtigt zu sein, die Gewerkschaft sagte, sie vertrete nur die Interessen ihrer Mitglieder.

E entdeckte Landschaften Brandenburgs, fragte das Ministerium, welche Arbeitsmöglichkeiten es in Brandenburg geben könnte. Keine Antwort. Das Brandenburger Literaturbüro benutzte nach einem Briefwechsel den Begriff Textlandschaften für eine Lesereihe, ohne uns einzubeziehen. Auch in Thüringen wurde er übernommen. E wurde bereit, nach Berlin umzusiedeln. 'Zu spät', Arbeitsstellen wurden abgebaut.

Sie fragte in der Thüringer Staatskanzlei, ob sie im Thüringenhause Berlin Lesungen, Ausstellungen organisieren könnte, so dass Arbeitskontakte, die sich in Thüringen ergeben hatten, nicht sinnlos waren. Kein Interesse. E grübelte, welche Autoren und Künstler, die in Thüringen lebten, sie ungehemmt vertreten könnte. Sie sagte allen, die sie in Berlin kannte, dass sie nach Berlin kommen will, sobald ein Wohnungs- oder Arbeitsangebot eintrifft. Obwohl Freunde und Bekannte uns beständig gedrängt hatten, umzusiedeln, kam nichts. Der Geschäftsführer des Literarischen Colloquiums hatte behauptet, dass er Mitarbeiter nur zwei Jahre beschäftige, ihnen danach andere Jobs besorge, es garantiere Lebendigkeit im Programm. E bewarb sich. Keine Reaktion. Als sie ins Haus kam, waren die Männer noch immer im Amt, die sie während ihrem Stipendien-Aufenthalt kennengelernt hatte.

Wir flohen aus Jena, als K von der Arbeitsagentur gezwungen wurde, wochenlang Kreuzwörterrätsel zu lösen, obwohl er eine Programmiersprache hatte lernen wollen. Wir hatten gedacht, dass dieses Missverständnis rasch beendet werden kann, aber ein Computer hatte entschieden, dass alle

Erwerbslosen mit dem Anfangsbuchstaben K unabhängig von Ausbildung und Zielsetzung wochenlang Kreuzworträtsel lösen und Einführungskurse in Englisch und Computertechnik besuchen müssen. K sagte, er habe sich wie im Theater gefühlt, egal, welches Argument er vorgebracht habe, die Leiterin der Arbeitsagentur habe geantwortet: 'Glauben Sie mir, das ist gut für Sie!'

K durfte während der 'Maßnahme' keinen Urlaub nehmen, um nach Berlin zu fahren und ein Gespräch mit einem potentiellen Arbeitgeber zu führen, er musste sich gänzlich abmelden, auf Geld verzichten. Er hatte vorgeschlagen, als Techniker im Bereich Experimentelle Musik Zuarbeiten für andere Musiker zu leisten. Der Musikverantwortliche der Akademie der Künste machte ihm Hoffnung auf ein Stipendium für Experimentelle Musik. Als wir ihn wieder trafen, wirkte er komisch. E hielt es für möglich, dass ein Webartikel eines Psychopathen Ursache sein könnte, - er hatte Texte von E, mit denen sie in provokanter Art Diskussionen hatte anregen wollen, als niemand diskutierte, K zugeordnet und ihn diffamiert. Der Artikel stand zwischen Fotos von Frauen, die dem Betrachter Vaginas entgegenstreckten. Der Betreiber der Webseite war Mitglied des Journalisten-Verbandes und arbeitete im Bereich Internet. E bat ihn, den Artikel vom Netz zu nehmen. Ohne Erfolg. Angst vor Rechtsanwaltskosten. Wir baten den Journalisten-Verband um Hilfe. Als wir erfuhren, dass wir kostenlos eine Einstweilige Verfügung beim Amtsgericht hätten erwirken können, war die Frist vorüber.

Der Journalisten-Verband Berlin bot mir an, einen Artikel über Probleme des Internetjournalismus in seine Zeitung zu setzen. Idiot reagierte hasserfüllt. Wir schlossen eine Rechtsschutzversicherung ab. Als wir mit Hilfe der Hartz4Gesetze völlig verarmt worden waren, lösten wir sie auf. Monate später schlossen wir sie erneut ab. E arbeitete politisch und musste mit Übergriffen rechnen. Wir nahmen nicht wahr, dass sie im Bereich Medien keinen Schutz bietet.

Die Leiterin eines Literaturhauses für Kinder lud E ein, sie solle Projektideen, die werbe- und medienwirksam sind, entwickeln. Die Leiterin würde infolge Projektgelder beantragen. E sollte, in der Hoffnung einen befristeten Job kriegen zu können, unbezahlt arbeiten. Praktikantenstellen, keine Jobs. Wir schrieben, dass wir in Jobs statt Praktikas arbeiten wollen. Bewerbungen waren Bewerbungsnachweise fürs

Amt und kritisierten gleichzeitig das System. Ab und zu antwortete einer, dass er unser Angebot in Erinnerung behalten und nutzen will, sobald er Geld hat, Zuarbeiten bezahlen zu können.

E schrieb an Politiker, die behaupteten, Erwerbslose müssten sich nur Mühe geben, sie könnten Jobs finden, die Bitte, uns einen Job zu geben. Wir boten der Arbeitsagentur Mitarbeit an. Das Logo der Arbeitsagentur hatte eine Sackgasse in einer Ebene gezeigt, das neue Logo zeigte eine Sackgasse zwischen Wänden. 'Keine Fluchtmöglichkeit.' Wir hätten die Arbeit von hoch dotierten Firmen für einen Monatslohn geleistet. Der Jobvermittler reagierte beeindruckt. Als E das Zimmer verließ, sagte er, dass er angewiesen worden sei, zu sagen, dass sie den Hochschulstatus verloren habe, sie müsse von nun an nachweisen, dass sie sich auch an Bratwurstständen bewerbe. E stellte sich vor, wie sie sagt: 'Ich will keine Wurst, ich will einen Job.' Sie sah Millionen Menschen, die versuchen, einander Bratwürste zu verkaufen. 'Ich will keinen Wahnsinn.'

E nannte die Arbeitsagentur Kafkasches Schloss, ein Angestellter nickte, er könne sich keine Opernkarten mehr leisten. Im Haus fuhr ein Paternoster zwölf Stockwerke hoch und runter. Vor den Kehren hing ein Schild, 'Bitte aussteigen. Weiterfahrt ungefährlich.' In den Gängen lagen Annoncen des Bundesnachrichtendienstes, sie suchten Spitzel.

E hatte anderen geholfen, Jobs zu finden oder nicht zu verlieren. Sie konnten und wollten uns nicht helfen. E schwankte zwischen Verständnis und Hass. Menschen, die keinen Job finden konnten, trösteten sich, dass Menschen, die wie wir über überdurchschnittliche Arbeitsfähigkeiten verfügten, keinen Job finden konnten. Wirtschaftspolitiker wirkten wie Sadisten. Sie teilten sich aus Steuermitteln fairen Arbeitslohn zu und gönnten Millionen Bürgern kein menschenwürdiges Existenzminimum. Teamleiter in Jobcentern redeten wie Chefs von Drückerkolonnen.

E fand es angesichts von hundert-tausenden ungelernten Arbeitskräften irrsinnig, sich mit Wirbelsäulenbeschwerden in Aldi-Läden zu bewerben, ein ehemaliger Telekom-Mitarbeiter drohte: 'Zuerst sind wir freundlich, aber wir können auch anders!' Eine Bürokauffrau wurde in eine Fischfabrik gesteckt, brach zusammen, während Fischfrauen arbeitslos blieben. Ein Arbeitsvermittler, der auf Provisionsbasis arbeitet, hätte sie nicht in eine Fischfabrik gezwungen, keinen arbeitslosen Lehrer in eine Schlachtereier.



Arbeitsvermittler, die Kunden mit Hilfe von Schikanen in die Invalidität zu treiben versuchten, um sie aus der Arbeitslosenstatistik streichen zu können, wurden im Hartz4System nicht sanktioniert.

Obwohl Erwerbslose Kunden genannt wurden, wurde weder im Ministerium noch in den Jobcentern ein Arbeitslosen- oder Erwerbslosenrat installiert, der Recht auf Informationen und Mitbestimmung hat. Der Teamleiter wurde von Steuergeldern bezahlt und behauptete, er habe, als er arbeitslos gewesen sei, Monate lang Klos geputzt. Wir hatten auch Klos geputzt, die zu Arbeitsräumen gehörten. Der Blickkontakt zwischen mir und der Arbeitsvermittlerin sagte, dass sie auf meiner Seite ist.

E sagte, dass sie ihre Arbeit leisten könnte, wenn Jobs geteilt würden oder ein Rotationssystem installiert wäre, die Arbeitsvermittlerin nickte. E hatte einem Arbeitsvermittler gesagt, dass wir in einem Boot sitzen, 'Aber Sie hätten die Wohnung bekommen', er hatte genickt. Wir hatten Wohnungen nicht erhalten, weil wir im installierten System als arbeitslos galten, obwohl wir anerkannt arbeiteten, die Wohnung hätten bezahlen können. Mieter könnten sanktioniert werden und Recht auf ein Existenzminimum, das Mietgeld einschloss, verlieren.

Arbeitsvermittler wurden beständig ausgewechselt. Einer bat, dass wir trotzdem Kontakt zu ihm halten. E beschloss, ihn zu einem Essen einzuladen, 'sobald der Spuk vorbei ist.' Eine Arbeitsvermittlerin war intellektuell auf unserem Niveau, Vater und Ehemann Künstler. Wir hätten Freundinnen sein können. Aber wir lebten an verschiedenen Fronten. Sie konnte uns keinen Job vermitteln. 'Die Kosten für einen Arbeitsvermittler könnten mehrere Teilzeitstellen absichern!' sagte E. 'Es ist sinnvoller Sozial- und Kulturarbeit zu finanzieren als Arbeitslose und Bürokratie.' Der Petitionsausschuss des Bundestages weigerte sich, den Vorschlag, Geld für Arbeitslosengeld und Verwaltung von Erwerbslosen zu benutzen, um im Sozial-, Kultur- und Umweltbereich fair dotierte, dauerhafte Teilzeitstellen zu schaffen, in die politische Diskussion zu geben. Der Petitionsausschuss wurde von Steuergeldern finanziert.

Wir beschlossen, dass wir, falls wir in Arbeiten gezwungen würden, die wir nach unserer Einschätzung körperlich nicht leisten können, Arbeitgeber und Arbeitsvermittler unterschreiben zu lassen, dass sie verantwortlich handeln, um sie im Schadensfall auf Schadensersatz verklagen zu können. Ein

Erwerbsloser brauchte ein Attest, das ihm Gefühl vermittelte, krank zu sein, nur weil er in keinem Callcenter arbeiten konnte. Es gibt mehr Menschen, die unfähig sind, in Callcentern zu arbeiten, als Menschen, die dazu fähig sind. Niemand muss nachweisen, dass er nicht in Hochschulen unterrichten kann. Ein Mann sagte: 'Wer angekreuzt hatte, dass er nicht arbeiten kann, wurde vergast.' Die Luft in den Gängen der Arbeitsagenturen und Jobcenter war gewöhnlich so schlecht, das es Befreiungsgefühl auslöste, ins Zimmer des Arbeitsvermittlers treten zu können.

Eine der angebotenen Arbeitsstellen war fair finanziert, - es bestand zur Zeit die Gefahr, dass Extremisten eine Gedenkstätte für ermordete Juden in die Luft sprengen könnten. E hätte das Arbeitsangebot angenommen, eine Lebensversicherung abgeschlossen, um K und Kinder abzusichern, falls sie sterben muss, weil Juden und Araber, die verwandt wirken, sich bekriegen. Keine Antwort. K sollte sich um einen Job bewerben, Sprayer in Musikern verwandeln. Der Verein hatte keinen Raum, keine Ausrüstung, wir waren bereit, Ausrüstung und Raum zur Verfügung zu stellen. Man habe sich für einen jüngeren Bewerber entschieden. Der Arbeitsvermittler sagte, dass es fast unmöglich sei, Jobsuchende, die älter als fünfunddreißig Jahre alt sind, zu vermitteln.

Fast alle Jobangebote der Arbeitsagentur führten zu privaten Arbeitsvermittlern. Ein Unternehmen forderte, dass Jobsuchende eine Bürgschaft unterschreiben, dass sie zweitausend Euro Vermittlungsgebühr bezahlen werden, falls die Arbeitsagentur egal aus welchen Gründen nicht zahlt. Die ausgeschriebene Stelle war Lockangebot, im Vertrag keine Leerzeile, in die der Kunde einen Berufswunsch und Honorarvorstellungen hätte eintragen können. Der Arbeitssuchende sollte auch zahlen, wenn ihm, unabhängig von Gründen in der Probezeit gekündigt würde.

Ein Arbeitsvermittler wirkte solider, er sagte, sein Computer sei voll von technischen Erfindungen, wir sagten, dass wir, falls er Geldgeber finden könnte, gemeinsam eine gemeinnützige GmbH gründen könnten, in der K als technischer Gutachter, E als Journalistin arbeiten würde. Er meldete sich nicht wieder. Als der wirtschaftliche Aufschwung in den Medien propagiert wurde, gab es mehr Stellenanzeigen, das heißt, Jobvermittler annoncierten, um einen Vorrat an Jobsuchenden zu haben.

Menschen, die respektiert arbeiteten, aber keinen bezahlten Job finden

konnten, mussten nicht nur in Armut leben, sie verloren Bürgerrechte wie Recht auf Privatsphäre, Recht auf Datenschutz, Unversehrtheit der Wohnung, Recht auf Ortsabwesenheit. Sie wurden in eine Art Kinderstatus gezwungen, in dem sie Fremden sagen mussten, wozu sie ihren Wohnort verlassen wollen. Sie mussten um Erlaubnis bitten, ihn verlassen zu dürfen. E verglich Hartz4-Situationen mit einem 'offenen Strafvollzug', der Chef einer Drogeriekette zitierte es. Ein Politiker schlug elektronische Fußfesseln vor.

Wir hatten geheiratet, obwohl E Steuervorteile verlor. Wir wurden ohne Freibeträge in Höhe der Pfändungsgrenze für einander unterhaltspflichtig erklärt, obwohl wir den Mangel an Jobs nicht zu verantworten hatten. Wir erhielten weniger Geld und hatten Anrecht auf weniger Raum, als wenn wir unverheiratet geblieben wären, keine Kinder groß gezogen hätten. Geld und Raum bedeuten auch Arbeitsmöglichkeiten.

Im Arbeitslosengeld war kein Geldbetrag fürs Arbeiten eingeplant. Ein Störgeräusch im Computer oder Auto konnte Panikgefühle auslösen. Krankheiten auch. E fragte Götz Werner, ob er uns in einer seiner Drogerien Minijobs ermöglichen kann. Er riet, deutlich zu machen, dass wir nicht wegen Geld sondern aus Lust und Langeweile an der Kasse sitzen wollen, das konnten wir nicht. E bat ihn, dass er mir für die Inanspruchnahme von Zuarbeiten im Bereich Bürgergeld monatlich hundert Euro abgibt und wurde Monat für Monat getröstet. Ihre Arbeit hatte für ihn Werbeeffekte. Sein Referent klagte, er sei im Gegensatz zu ihr zu arm, sich Kinder oder ein fünfundzwanzig Jahre altes Auto zu leisten, 'Das wäre ein Skandal, wenn es wahr wäre, wenn er lügt, ist es auch ein Skandal.' Als E meiner Tochter erzählte, wie der Drogeriebesitzer sie behandeln ließ, drehte sie sich um und ging zu einer anderen.

E hatte einem Radiojournalisten, den Auftrag vermittelt, fürs Deutschlandradio einen Beitrag zum Thema Grundeinkommen zu erarbeiten, sie bat ihn, ihr hundert Euro vom Honorar als Aufwandsentschädigung abzugeben, er behauptete, es sei normal, dass Kollegen einander kostenlos Jobs vermitteln. Ein Mitarbeiter der Arbeitsagentur sagte: 'Das Hauptproblem in Deutschland ist mangelnde Solidarität.'

E bat den ehemaligen Geschäftsführer des Kulturfonds, als er in Rente

ging, um Hilfe beim Management. Als er sie gebeten hatte, ihn zu unterstützen, hatte sie es getan. Er zog Vorstandsarbeit vor. Er bot als Job an, dass wir den Kulturfonds auflösen helfen. Wir telefonierten dem Angebot monatelang hinterher und erhielten Gegenstände, die Institutionen nicht hatten haben wollen, die nicht in den Müll sollten, die wir nicht brauchen konnten, außer einem Packen Druckerpapier und einem Regal. Wir verteilten die Dinge an Bedürftige. Unbezahlt.

Menschen, die für Arbeitsleistungen fair bezahlt wurden, fragten, ob wir ihre Wohnungen renovieren. Schwarzarbeit. Wir lehnten ab. Wenn Politiker von Eigenverantwortung redeten, fühlten wir uns verhöhnt. Steuerzahler lebten auf Kosten der Erwerbslosen, sie gaben keine fair bezahlte Arbeit ab. E war dafür gewesen, dass Arbeitslosengeld nicht dauerhaft abhängig vom letzten Einkommen bezahlt wird, wer viel verdient hatte, erhielt anhaltend viel. Aber in ihrer Konzeption gab es ausreichend Jobmöglichkeiten. Keiner der Mitarbeiter der Arbeitsagenturen, Sozialämter, mit denen sie sprach, war bereit, seine Stelle mit Jobsuchenden zu teilen. E schlug eine steuerliche Begünstigung von Teilzeitarbeit vor. Regierung lehnte ab, stimmte Arbeitszeitverlängerungen zu. Kein gesetzlich verankertes Recht, sich Geld erarbeiten zu können.

In einer Zeitung stand, dass ein Kinderradio Mitarbeiter suche. Der Geschäftsführer schickte uns zur Arbeitsagentur. Wir wurden darauf hingewiesen, dass es nicht Ziel von Arbeitsmaßnahmen sei, ein werbefreies Kinderradio aufzubauen, sondern einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. In den Arbeitsverträgen stand, dass wir Hilfsarbeiten leisten sollen, Stundenlohn unter dem Mindestlohn. Wir sollten hoch qualifizierte Arbeiten leisten, vereinbarten eine flexible Arbeitszeit, Anwesenheit bei Bedarf.

Das Projekt wurde mit Hilfe von Arbeitsmaßnahmen realisiert. Mitarbeiter wechselten beständig. Zuständigkeits- und Kompetenzprobleme. Das Computernetz brach zusammen, weil gegensätzlich wirkende Programme installiert worden waren. Schlamperei oder Sabotage. Als E einen Text über Deutschland für eine Sendereihe in China abgegeben hatte, der Geschäftsführer beeindruckt reagiert hatte, bot sie an, als Chefredakteurin für Auslandssendungen zu arbeiten. K brachte das Radio auf Satellit, der Geschäftsführer nannte ihn Technikpapst. Wir wollten nicht ins Ghetto zurück.

Der Geschäftsführer sagte, dass er mit der Idee eines werbefreien Kinderradios 'viel Geld' verdienen will. Er konnte sich darauf verlassen, dass, wenn er fünfzig Mitarbeiter von der Arbeitsagentur zugeteilt bekam, Menschen zwischen ihnen waren, die fachkompetent waren. Wir warnten ihn, dass diese Art Wirtschaftsförderung abgeschafft werden könnte. Er sagte, es gäbe zu viele Arbeitslose. Der Radiosender in China hatten Millionen Zuhörer. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass eine Sendereihe in China über Deutschland nicht fair finanziert werden könnte. Aber als ich einen Vertrag forderte, der nur vorsah, dass Autoren informiert werden müssen, falls ihre Textbeiträge nach Abschluss der Arbeitsmaßnahme verwendet werden, wurde ich ausgesperrt und verleumdet, - Angst vor Revolten.

Als sein Stellvertreter einer Mutter von zwei Kindern kündigte, weil sie gegen Arbeitsbedingungen protestiert hatte, weigerte er sich, die Kündigungsbegründung so zu schreiben, dass sie keine Sanktionen vom Jobcenter befürchten musste. Sie erlitt einen Lungenkollaps, starb und wurde reanimiert.

Wir mussten zum Profiling: Menschen aus unterschiedlichem sozialen Umfeld wurden in einen Kreis gesetzt und sollten über Wünsche und Probleme reden, es wurde ihnen nicht gesagt, dass Beurteilungen über sie geschrieben werden. Der Veranstalter warf uns vor, nicht auf das Tagegeld verzichtet zu haben und der Veranstaltung fern geblieben zu sein, er bestätigte uns Anwesenheit und entließ uns. Er sprach E als Haupteigenschaft Ehrlichkeit zu, seine Berichte enthielten aber sachliche Fehler, unabhängig davon, dass er uns Teamunfähigkeit unterstellte, weil wir nicht hatten mitspielen wollen. Wir drohten mit Gerichtsprozessen, wenn diese Art Texte nicht vernichtet werden. Anderen Erwerbslosen wurden Fragelisten vorgelegt, die an Scientology erinnerten. Hartz4Gesetze wurden zur Datengewinnung missbraucht.

E wollte eine Gesellschaft, in die jeder Fähigkeiten fair bezahlt einbringen kann und weil er das kann, fair gegenüber Schwächeren ist. Sie verstand nicht, dass es keinen Aufschrei in katholischen und Kinderorganisationen gab, weil auch Menschen, die im Bereich Familie, Soziales, Kultur und Kunst respektiert, aber ehrenamtlich, das heißt unbezahlt, arbeiteten, im Hartz4Ghetto leben mussten. Niemand, außer Rentner, Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst war gegen den sozialen Absturz

abgesichert. Die Gewerkschaft arbeitete wie ein Wirtschaftsunternehmen, sie kümmerte sich um Probleme derer, die einen hohen Mitgliedsbeitrag zahlen konnten.

E griff das Unternehmen McKinsey wegen seiner Menschenfeindlichkeit an und bat gleichzeitig um Zusammenarbeit im Bereich Bürgergeld, weil ein Grundeinkommen sowohl der Wirtschaft, als auch den Menschen nutzen würde. Vertreter riefen an und sagten, sie würden nur mit denen zusammen arbeiten, die ihre Angestellte sind, E könne sich bewerben, wenn sie angestellt sei, dürfe sie ihr Arbeitsgebiet nicht frei wählen. Oberstes Gebot sei das Schweigen. Als Tage nach dem Gespräch fünftausend Euro auf unserem Konto auftauchten, verunsicherte mich das zutiefst.

Menschen behaupteten, E könnte ermordet werden. Andere sagten, sie hätten das Geld, das die Arbeitsagentur ohne Begründung überwiesen hatte, behalten, E konnte es sich politisch nicht leisten, kriminalisierbar zu sein, und nur darum bitten, dass das Geld für Jobs eingesetzt wird, die uns ermöglichen, das Hartz4Ghetto verlassen zu können.

Kapitalisten kauften sich Politiker, E schlug vor, dass jeder Erwerbslose einen Euro spendet, Politiker kaufen zu können. Das Arbeitslosengeld lag mehr als zwanzig Prozent unter dem vorangegangenen Sozialhilfesatz, weil die Inflation infolge der Währungsumstellung nicht berücksichtigt worden war. Der Betrag werde in Bezug auf das Einkommen des unteren Fünftels der Bevölkerung berechnet, Kosten für Uhren würden heraus gerechnet. Arbeitssuchende mussten aber pünktlich zu Terminen erscheinen. Sie mussten beständig mit Schikanen und Sanktionen rechnen.

Hartz4Gesetze wirkten so menschenverachtend, dass E vermutete, sie müsse Politiker nur über Folgen informieren, sie würden schamrot und sie ändern. Antwortschreiben schienen Versatzstücke vorgefertigter Texte. Einer entschuldigte sich, - Beschlüsse des Bundestages und Realisierung der Gesetze würden nicht übereinstimmen. Mitarbeiter von Politikern äußerten sich in Telefongesprächen kritisch gegenüber dem, was Vorgesetzte äußerten. Ein Pressesprecher der Sozialdemokraten sagte, dass er als Angestellter Anweisungen befolgen müsse. 'Es geht ein Riss durch die Partei, wie durch dieses Land.'

'Sie hatten uns eine individuelle Betreuung der Menschen versprochen.'

Eine Politikerin machte als Vorsitzende der Enquetekommission 'Kultur in Deutschland' in einem Arbeitsgespräch mit Gewerkschaftern deutlich, dass Politiker sich im Umgang mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales ähnlich ohnmächtig fühlen, wie die Opfer von Anweisungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Der Petitionsausschuss verteidigte in Antwortschreiben alles, was an Unrecht geschah. Der Pressesprecher sagte, das sei in Deutschland seine Funktion, in anderen Ländern habe er mehr Befugnisse. Bürger sollten trotzdem Petitionen schreiben, sie kämen ins Archiv.

Es gibt bei den Sozialdemokraten mehrere Diskussionsforen, aber keins Thema Grundsicherung. Verantwortliche versuchten ein Bürgergeld mit dem Oberflächenargument zu verhindern, es würde auch Reichen gezahlt, Politiker können die Steuerhöhe bestimmen. Binnenargument der Sozialdemokraten und Gewerkschafter war, dass ein Bürgergeld, Bürokratie überflüssig machen würde, 'Mitarbeiter im öffentlichen Dienst dürfen aber laut Tarifverträgen nicht entlassen werden. Wo sollen wir mit ihnen hin?' Millionen Bürger waren nicht gefragt worden, ob sie im Hartz4System leben - wollen. Mitarbeiter im öffentlichen Dienst würden ein Bürgergeld erhalten, sie müssten nicht in Hartz4. Sie könnten für die Steuerfahndung arbeiten, die finanziert sich selbst.

Mitglieder der Freien Demokraten propagierten ein Bürgergeld, dass nur Geringverdiener im Niedriglohnbereich in einer Art Kombilohnmodell und Unternehmer entlasten würde. Wer gar kein Geld verdienen kann, sollte im Hartz4System leben müssen. Die Mitarbeiter von Politikern entscheiden, welche Informationen zu Politikern dringen. Ein Bundestagspräsident ermöglichte E's Tochter eine Umschulung, der ihr verweigert worden war, weil sie alleinerziehend, aber nicht drogensüchtig war, sie hatte ihn am Bierstand angesprochen. 'So sind gesellschaftliche Probleme nicht lösbar.'

Die Widerstandsfront gegen politische Entwicklungen bestand überwiegend aus Menschen, die so egoistisch handelten wie ihre Gegner. E war geraten worden, sich auf eine Referentenliste Thema Grundeinkommen setzen zu lassen. Mitarbeiter lehnten ab, sie könnten nicht sicher sein, dass sie keine eigene Version vertreten wird. Einer, der Geld mit Vorträgen zu Hartz4 verdiente, verband mit Hilfe von Cookies E's Computer mit gefakten Seiten, die suggerierten, Beiträge wären ins Forum gestellt. Ein anderer gönnte E keine Fahrtkostenerstattung, als sie zu einer Tagung nach Basel kommen

sollte, und nicht vierzehn Tage ohne Aufwandsentschädigung bleiben wollte/konnte, obwohl er sie zitiert hatte.

Sie wurde von Mitarbeitern des Parlamentes und der Regierung gebeten, Berichte und Petitionen zu schreiben, sie planten kein Arbeitshonorar ein. E reagierte glücklich, als ein Mitarbeiter der Abteilung Grundsatzfragen und Forschung der Sozialdemokraten Hundert Euro Beratungshonorar überwies. Sie erhielt einen Auftrag in Vorbereitung des Hamburger Parteitages, analysierte Slogans und Werbebegriffe der Christdemokraten und Werbematerial der Sozialdemokraten. Als sie einer Bundestagsabgeordneten den Honorarbetrag nannte, begriff sie, dass E keine Chance hatte. Sie hätte acht Aufträge dieser Art im Monat gebraucht, das Hartz4Ghetto verlassen zu können.

Ein Theaterensemble brauchte Arbeitsfähigkeiten. Wir waren bereit, Zuarbeiten innerhalb von Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen zu leisten. Der Förderband e.V. half nicht, obwohl er gegründet worden war, um Künstler und Kunstaktionen zu unterstützen, E war Gründungsmitglied. Ohne Mitspracherecht. Der Verein war ein Trägerverein geworden, deren Mitarbeiter Geld damit verdienten, Menschen in Arbeitsmaßnahmen einzuordnen. Der Verein verweigerte Unterstützung bei der Realisierung der Bürgergeldidee, obwohl Bürgergeld u.a. für Künstler und Kulturschaffende eine Art Grundgehalt bedeuten würde, als herrsche Angst, eigene Jobs könnten überflüssig werden. E wurde erzählt, sie werde wegen ihrem Protest gegen die Arbeitsbedingungen bei RadiJojo bestraft. Die Situation eskalierte, als wir für den Regisseur des Ensembles nicht nur dauerhaft unbezahlt arbeiteten und Arbeitsmittel kostenlos zur Verfügung stellten, sondern mit Arbeitskosten konfrontiert wurden. Er ging in Cafés, wir aus Geldgründen nicht. Arbeitsbedingungen zerstörten Freundschaft.

Wenn Freundschaft zerstört ist, findet Trauerarbeit statt. E tröstete sich, dass er nicht so inszeniert hatte, dass es sie hätte faszinieren können. E fühlte sich wie ein Idiot, weil sie sich hatte ausnutzen lassen. Sie verstand ihre Sehnsucht nach einem Arbeitsteam, in der gegenseitige Hilfsbereitschaft herrscht. Wenn Freundschaft zerstört ist, ist es vernünftig, sich zu trennen, E bettelte Monat um Monat, dass die Rechnungen bezahlt werden. Der Regisseur und seine Agentur verletzen Urheberrechte. E hätte im Interesse aller Künstler Strafanzeige erstatten müssen. Sie erhielt keinen Dank, dass sie es nicht tat, sie wurde mit Strafanzeigen bedroht,



falls sie über Vorfälle berichte. Es ist aber von kulturpolitischer Relevanz, wenn zwischen Künstlern keine Zuverlässigkeit, Solidarität, Fairness herrschen. Journalisten müssen Gegendarstellungen veröffentlichen, es traf keine ein.

Mail von Anonymus: ...Sie gehört lebenslänglich in geschlossene Verwahrung, damit die Menschheit verschont wird... Der Schreiber hatte den Suchbegriff 'Arno Kleinofen' in Google eingegeben und als nächstes auf das Impressum, Kontaktformular geklickt. Es wirkt traumatisch, weil ein Entschuldigungsversuch von Regisseur und Agent gereicht hätten, die Situation zu entspannen. Wir glaubten, dass wir Probleme mit Appellen an Moral und ohne Gerichte lösen können, wir lebten in der Rolle von Verlierern. Eine Rundfunkregisseurin bat K, ihre Kassetten zum Hilfsarbeiterlohn aufzuarbeiten, Magnetfelder hatten einander beeinflusst, Rauschen erzeugt. K erarbeitete eine Tonrobe, deren Qualität ihm nicht gefiel, sie stimmte ihr aber zu, K arbeitete weiter, sie zahlte nichts.

Eine Gebrauchsgrafikerin bezahlte Zuarbeiten. Sie erhielt Fördergelder und musste sie ausgeben. Es nährte Hoffnung, dass sich Situationen verändern könnten. Als Fördermittel verbraucht waren, wurden die Konditionen, in denen wir für sie arbeiten sollten, beständig schlechter. Wir hatten die Wahl, Zusammenarbeit zu kündigen oder ihr zu helfen. Wir halfen ihr und fühlten uns wie Idioten, als sie sich kurz später für einen anderen Partner entschied, der ihr als Gegenleistung für Webaufträge Grafikaufträge versprach. Sie sagte, wir müssten dankbar sein, dass wir bezahlt hatten arbeiten dürfen.

Ein Freund ließ K als Assistenten arbeiten. Arbeitstag begann bei Sonnenaufgang und endete, wenn es dunkel war. Vom Lohn mussten Fahrgelder finanziert, Übernachtungen organisiert werden. E fragte, ob sie eine Fahrtkostenbeteiligung und eine Übernachtungspauschale in Rechnung stellen dürfe, die K an seine Eltern hätte weiter geben können. Sie wurde als geldgierig beschimpft. Er behauptete, dass er Studenten für die Hälfte des vereinbarten Stundenlohns beschäftigen könnte. Er hatte K aber mit der Begründung angeworben, dass er wie eine Fachkraft arbeiten kann, ohne wie ein Fachkraft bezahlt werden zu müssen. Wir bezweifelten, dass Studenten elf Tage in Nässe und Kälte für letztendlich weniger als den Mindestlohn arbeiten würden. Die Arbeitsbedingungen, die er uns bot, wären fairer gewesen, falls wir in der gleichen Stadt gewohnt hätten, so

dass K nach Arbeitsschluss oder in Regenzeiten nach Hause hätte gehen können. Er schlug später vor, dass K eine Firma gründet, Subunternehmer wird, wir sollten als erstes ein Auto kaufen. Als wir ihn einmal sonntags spontan besuchten, war er im Arbeitsstress.

E hatte gehofft, dass das Jobcenter uns hilft, eine freischaffende Existenz aufzubauen. Es verfügte über kein ausgebildetes Fachpersonal, keine Netzwerke. E begann infolge der Erfahrungen zu zweifeln, dass wir in einer Gesellschaft, in der es für Freischaffende keine juristisch durchsetzbaren Mindestlöhne gab, Krankenkassenbeiträge standen in keinem Verhältnis zum Einkommen, fähig waren, freischaffend zu leben. Wir hatten in der Marktwirtschaft das Gefühl, mit Kampfhunden leben zu müssen, die unberechenbar wirkten. K wurde von einem frei laufendem Pinscher in die Wade gezwickt.

Das Jobcenter finanzierte Trägervereine. K sollte an Schuldnerberatungen teilnehmen, obwohl er keine Schulden hatte, er sollte erneut an einem Gruppenprofiling teilnehmen, obwohl es Datenschutz verletzt. ER sollte unterschreiben, dass persönliche Daten ohne Information und Gegenzeichnung an Fremde weiter gegeben werden dürfen. Als er um ein Arbeitsgespräch bat, wurde ihm gekündigt. Auf der Informationsseite der Zukunftsbau GmbH war individuelle Betreuung und Interessen orientierte Qualifizierung angekündigt worden. Die Geschäftsführer nutzten aus, dass Erwerbslose mit Sanktionen/Geldentzug bedroht wurden, sobald sie sich Zwangsmaßnahmen verweigerten, E überlegte, ob sie Mitarbeiter wegen Körperverletzung verklagen sollte. Wir fühlten uns elend, krank. E schrieb an Datenschutzbeauftragte, den Bundesrechnungshof und Vorstände der Parteien. Prinzip Hoffnung. Datenschützer gaben uns Recht.

Die Wohnungsrenovierung hatte soviel Kraft, Zeit, Geld gekostet, dass wir gesagt hatten: Wir müssen fünf Jahre im Wedding hausen, um Arbeitsleistung abzuwohnen. E hatte Scheiben bemalt. Wir hatten eine Wohnung gesucht, in der wir ein Gästezimmer einrichten könnten, E war bereit, Besucher in Deutsch zu unterrichten, Gäste zeitweilig zu betreuen. Um uns herrschten Geschrei, Diebstahl, Körperverletzungen, Mord. Auch eine zeitweilige Untervermietung schien für andere in dieser Gegend nicht interessant.

E imponierte, dass Menschen eine Roulettekugel mit einem Handy filmten,

aus dem Bewegungswinkel und der Geschwindigkeit mit Hilfe eines Computers ausrechnen konnten, auf welcher Zahl sie landen wird, Kugel rasch hin legten und damit Geld verdienen konnten. Das war legal, beutete Ausbeuter aus und hatte Erfolg. Sie grübelte oft, wie sich mein Leben verändern würde, wenn ich plötzlich reich werden würde, Fluchtgedanken herrschten vor. 'Es gibt keine Sicherheit, dass man nach jahrelangem Frust moralisch ist.'

Vor ihrem Geburtstag wurden Essen von Tag zu Tag immer festlicher ausgestaltet, als habe sie Angst. Am Geburtstag picknickten wir im Wald und tranken Rotwein auf einem Bootssteg. Wir schliefen auf dem Parkplatz und gingen am Morgen baden. 'So scheint es erträglich.' Es wirkte wie Fotos im Knast.

Ein Polizist sagte zu einem älteren Arbeitslosen, der in eine - wegen Demonstrationen abgesperrte - Arbeitsagentur eindringen wollte: 'Ich werfe dich gleich vor die Hunde!' Er wies einen Journalisten darauf hin, er reagierte nicht. Sie hörte, dass Männer, die eine Brandstiftung begehen wollten, die keine Menschenleben gefährdet hätte, von Polizisten durch zersplitterte Autofenster gezerrt, geschlagen, gefesselt und mit Säcken über dem Kopf transportiert, in Isolationshaft verlegt worden waren - sie hatte nie gehört, dass Schläger oder Mörder so behandelt wurden, sie hatte gehört, dass es eine Straftat sei, falls ein Polizist einen Entführer mit Schmerzen bedroht, um ein Kind retten zu können. Ein Sozialwissenschaftler wurde in Isolationshaft gesteckt, weil er in wissenschaftlichen Arbeiten das Wort Gentrifizierung benutzt habe, das in einem Bekennerbrief einer Militanten Gruppe gestanden habe, eine Militante Gruppe empfand Gentrifizierung als militant. Bürger mussten mit Haus- und Computerdurchsuchungen rechnen, sobald sie Widerstandsmöglichkeiten gegen Missbrauch von Machtstrukturen diskutierten.

Der Bundespräsident äußerte kein Mitleid mit Menschen, die im Hartz4Ghetto leben und arbeiten müssen. Er schien an Wahrnehmungsstörungen zu leiden, weil er sich seine Position, aus einfachen Verhältnissen kommend, erarbeiten hatte können. Der Bundeskanzler habe gegenüber einem Journalisten deutlich gemacht, dass es nicht sein Lebensziel war, das Land im Interesse aller Bürger zu reformieren, sondern asozialen Verhältnissen entkommen zu können, er

endete nach Intrigen in der russischen Ölindustrie, ohne dass er mit Gerichtsprozessen konfrontiert wurde.

Das Ergebnis der Fussballweltmeisterschaft bewies, dass Arbeitsleistung und Arbeitslohn in einem k.o.System nicht zusammenfallen müssen, die deutsche Mannschaft spielte besser als die gegnerische und - verlor. E diskutierte mit jedem, der sich auf Diskussionen einließ. Es gab Politiker, die sich gelegentlich beeindruckten ließen, auch wenn ihr Ton gelegentlich harsch war. Sie arbeitete als Hofnarr, der nicht bezahlt wurde, weil keine Arbeitsstelle für Kritiker eingeplant ist. Ein Mitarbeiter der Zentrale der Arbeitsagentur hatte E gebeten, juristischen Widerstand gegen Hartz4Gesetze zu organisieren. Rechtsanwälte profitierten, wir hatten Kosten, sie gaben kein Geld ab. Wir bettelten um - Jobs oder Freiheit.

Die Auszahlung eines Bürgergeldes statt Arbeitslosengeld würde die Scherung zwischen arm und reich nicht verhindern, aber eine freiheitlich-demokratische Grundordnung ermöglichen, Bürokratie- und Kontrollsysteme weitgehend überflüssig machen, es ist kostenneutral realisierbar. Ich schrieb unter anderen an Ministerpräsident Althaus. Er begann, der Idee zuzustimmen, setzte den Betrag für ein bedingungsloses Grundeinkommen aber so gering an, dass es keine Versicherungen, kein selbstbestimmtes Arbeiten ermöglichen würde. Menschen, die fürs Arbeiten kein Geld erhielten, hätten nur ein Existenzminimum, denen, die wenig verdienten, sollten fünfzig Prozent vom Verdienst gelassen werden, denen die viel verdienten, fünfundsiebzig., - 'Aber ein Grundeinkommen, das die nackte Existenz absichert, wäre menschenwürdiger als Hartz4.'

E stellte fest, dass das Hartz4System als Zersetzungsinstrument in ihrem Gehirn gewirkt hatte - 'Die Reichen gönnen Armen nichts. Nur das Existenzminimum, um sie kriminalisieren lassen zu können, wenn sie sich mehr nehmen - klauen oder betrügen müssen, um mehr Geld haben zu können. Ich stimme dem zu!?' Der Referent des Ministerpräsidenten in Thüringen bat E, seine Thesen zum Bürgergeld zu verbreiten. Sie wollte ein Bürgergeld, das Chancen bietet, Unterschichten verlassen zu können und kein Schichtensystem in Deutschland zementiert. Kein Führungspolitiker bot Alternativen an. E musste seine Vorschläge propagieren.

Sie wachte täglich früh auf und begann vor dem Essen zu arbeiten, oft bis nachts. Ein Anthroposoph und Maler sagte: 'Wer viel gibt, dem soll gegeben

werden' und behauptete, er könne ihr in der Schweiz ein Stipendium besorgen, das ermöglichen würde, einige Wochen als freie Künstler arbeiten können. Sie wollte ihm glauben, leistete Zuarbeiten. Absage.

Befürwortung von Gewalt nahm zu. Es herrscht Mitleid mit Tätern, die für Notwehraktionen bestraft werden. Es herrscht Zweifel, ob Terrorakte von Terroristen oder Geheimdiensten organisiert wurden, um Anti-Terror-Aktionen zu rechtfertigen, einen Überwachungsstaat zu installieren, in dem Menschen wie Sklaven behandelt werden und keinen Widerstand organisieren können. Auch verbale Widerstandsversuche werden kriminalisiert. Der Innenminister beschloss, das Grundgesetz ändern zu lassen, jeden niederschießen lassen zu dürfen, der einer Gesellschaft den Krieg erklärt, die ihn bedroht.

E sagte vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales laut: 'Es wird Faschismus und alle machen mit', sie bat den Zentralrat der Juden um Hilfe, sie sagte in der Nähe von Gewerkschaftern 'Gewerkschafter sind auch Verbrecher.' Sie wusste nicht, was sie tun könnte, 'Sie können jeden, der sagt, was er denkt, und jeden, der schweigt, verdächtigen, Terrorist zu sein.' E ermutigte sich, einen Protestbrief an die Staatsanwaltschaft Aachen zu schreiben, die Bürger wegen angeblicher Volksverhetzung zu kriminalisieren versuchte, weil sie Verständnis für Gewaltausbrüche in Jobcentern ohne Jobs geäußert hatten.'

Eine Mitarbeiterin der Leistungsabteilung des Jobcenters Sickingenstraße Berlin Mitte hatte in einem Beratungsgespräch verbindlich erklärt, dass in unserem Fall nach einem Umzug Miete bis zur derzeitigen Miete vom Jobcenter übernommen werden kann und wird. Wir taten alles so, wie es mit ihr vereinbart war, und wurden damit konfrontiert, dass wir betrogen worden waren. Als wir erklärten, dass wir Tonmitschnitte fertigen müssen, falls wir uns auf Aussagen von Mitarbeitern des Jobcenters nicht verlassen können, wurden wir bedroht, als wäre es eine Straftat Beweismaterial zu sichern. Die Mitarbeiterin hatte nach Paragraph 16 korrekt entschieden, als sie uns eine Mietübernahme zugesichert hatte. Ein Arbeitsraum ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Mitarbeiterin wurde von der Vorgesetzten gefragt: Haben Sie entgegen der Vorschriften zugesagt...? Sie antwortete, dass sie das nicht gesagt haben kann, weil sie es nicht gesagt haben darf. Die Erklärung des Geschäftsführers des Jobcenters Berlin Mitte ans Abgeordnetenhaus Berlin bezeugte Respektlosigkeit gegenüber Menschen, die im

Hartz4Ghetto leben müssen: Er behauptete, wir hätten einen Antrag auf Übernahme der Kosten für ein Arbeitszimmer stellen können, es nicht getan. Nachträglich sei es nicht möglich. Mitarbeiter waren ihrer Beratungspflicht nicht nachgekommen.

Sie forderten in Spandau Kopien von Personalausweisen, Mietvertrag, Kraftfahrzeugschein, Kaufquittungen, Kontoauszüge, obwohl sich nur Anschrift und Mietbetrag verändert hatten. Kopien wurden nicht zurück gesandt. Der Beauftragte für Datenschutz Berlin versprach Überprüfung. Wir baten den Stadtrat für Soziales um Hilfe und forderten Jobs, die uns ermöglichen, das Hartz4Ghetto dauerhaft verlassen zu können. Wir hatten das ganze Jahr ununterbrochen gearbeitet, sehnten uns nach Urlaub. Es fehlte Geld. Stress verletzt Herz.

E hatte zu ihrem Geburtstag eine ART-Schutzverein für Künstler gegründet. Er sollte unter anderem als Arbeitgeber funktionieren, sobald Künstler und Kulturschaffende in Bürgerarbeit gezwungen werden oder sie Bürgerarbeit für gesellschaftlich-relevante Projekte benutzen wollen. Ein Mitarbeiter vom Finanzamt half, Formulierungen zu finden, die Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit absichern. Der Verein brauchte ein Konto, es kostete Geld. In jedem Raum der Deutschen Bank hingen Bilder, aber sie wollte Geld von Künstlern, Kunstinitiativen.

Der Staatssekretär für Kultur las in einer Sitzung für bürgerschaftliches Engagement einen 'Impulsvortrag', in dem kein Satz war, der Nachdenken auslösen könnte. Podiumsmitglieder lobten einander und reagierten nicht auf die Frage, wie das Problem, dass Künstler und Kulturschaffende engagiert und respektiert arbeiten und gleichzeitig in Hartz4Verhältnissen in Armut und weitgehend ohne Bürgerrechte, in beständiger Angst vor Schikanen leben müssen, gelöst werden könnte. Sie antworteten nicht, als eine Frau fragte, welche Konzeptionen es gäbe, Kulturen von Einwanderern zu nutzen. Eine Mitarbeiterin der Dresdner Bank erklärte, dass Banken gemeinnützigen Kulturvereinen Kontogebühren nicht erlassen könnten, weil die Bank Geld brauche, um Kulturprojekte zu fördern.

'Arme finanzieren die Reichen.' Gutverdienende erhalten für bürgerschaftliches Engagement Steuerfreibeträge, Arme nichts. Ebat Rupert Graf Strachwitz, der die Veranstaltung moderierte, um einen Gesprächstermin, er griff sich an den Kopf, zog ein leidendes Gesicht und

sagte, er fühle sich überfordert. Die Referentin für Bürgerschaftliches Engagement der Berliner Staatskanzlei schrieb 'möglicherweise finden Sie in der Fachverwaltung der Sozialverwaltung die Kompetenz, die Sie in unserem Hause vermissen müssen.' E war unklar, warum sie sie vermissen - musste.

Mitarbeiter der Staatskanzlei wurden von Steuergeldern finanziert. Der Staatssekretär ließ eine halbe Million ins Ausland schaffen, um Steuern zu sparen, der Oberbürgermeister wusste es und schwieg. Der Nachfolger war ein Eventmanager, den es nicht interessierte, dass Künstlern und Kreativen (Geringverdienern) in Berlin sogar ein Sozialpass verweigert wurde, falls sie nicht bereit waren, im Hartz4Ghetto zu leben.

Der Slogan Kulturnation Deutschland - Berlin Kulturhauptstadt - Künstler im Hartz4Knast veränderte nichts. Ein Mitarbeiter des Berliner Senats verwies E an den Kulturrat. Die Geschäftsführerin sagte, dass das Thema 'Grundsicherung für Künstler und Kulturschaffende' in der nächsten Sitzung behandelt werden wird, erzählte später, es wären so wenige Mitglieder erschienen, dass das Thema vertagt werden musste. E würde informiert, sobald sich der Ausschuss Arbeit und Soziales mit dem Thema beschäftigt habe. E erhielt keine Auskunft, wer im Ausschuss für Arbeit und Soziales mitarbeitet. Sie bot an, in Ausschuss-Sitzungen über Lebensverhältnisse von Künstlern und Kulturschaffenden zu berichten. Keine Reaktion. Jahre später hieß es lapidar, Vertreter wären dagegen gewesen.

E wollte wissen, was die Gewerkschaft im Bereich Kunst für Künstler tut, tun kann. Am Telefon meldete sich ein Dirk von Kügelgen, er sagte, er werde Fragen nicht beantworten, er fühle sich belästigt und legte den Hörer auf. Er mailte, dass er sich für ein Grundgehalt, das das Existenzminimum aller Bürger, aber auch Künstlern und Kulturschaffenden, absichern würde, nicht interessiere, - ohne es zu begründen. Künstler leben in Abhängigkeitsstrukturen wie andere Bürger auch. Sie waren und sind vom Engagement von Gewerkschaftern abhängig, die von Mitgliedsbeiträgen finanziert werden, - er vertrat die Interessen von Künstlern im Kulturrat.

Der Bericht der Enquetekommission des Bundestages löste Herzbeschwerden aus. Elf Menschen hatten vier Jahre lang, von Steuergeldern finanziert, an einem Bericht gearbeitet, der Probleme auflistete, keine Problemlösungen anbot.

Als ein Mitarbeiter der Geschäftsführung des Jobcenters Spandau angerufen und Kooperation bei Problemlösungen angeboten hatte, hatte E euphorisch reagiert. Er reagierte auf das Drehbuch 'Bürgergeld statt Bürgerkrieg.' Aber unter der Fax- und Telefonnummer, die er angegeben hatte, war nie jemand zu erreichen.

Kostenerstattung für Bewerbungen wurde verweigert, obwohl Bürgern in Bedarfsgemeinschaften nur 533 für Wohnung, Essen, Kleidung, Heizung zur Verfügung stehen und sie für Bewerbungsarbeit maximal 23 pro Monat erhalten könnten. Als wir baten, keinen Gewinn anzurechnen, weil die Bilanz negativ ist, wurden lückenlose Kontoauszüge der letzten Monate gefordert. Kontoauszüge der letzten Monate waren aber laut gesetzlichen Vorgaben nicht relevant, sondern der Steuerbescheid, der uns nicht vorlag. Wir beschlossen, auf ihn zu warten. Die Mitarbeiterin der Leistungsabteilung setzte wegen fehlender Mitwirkung Zahlungen aus und entzog uns Krankenschutz. Wir und andere waren mit Widersprüchen, Petitionen, Dienstaufsichtbeschwerden beschäftigt, um den Vorfall zu klären, als hätten wir nichts anderes zu tun. E hatte einen Job, aber er war so schlecht bezahlt, dass wir als 'Bedarfsgemeinschaft' Hartz4Verhältnisse nicht verlassen konnten. Wenn er fair bezahlt gewesen wäre, hätten wir nicht schikaniert werden können. Der Mindestlohnvorschlag der Sozialdemokraten sah eine Absicherung von Ehepartnern, Kindern nicht vor.

In Berlin sollten zehntausend Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor geschaffen werden. Wir hofften, Hartz4Verhältnisse verlassen und uns eine geringe Rente erarbeiten zu können, so dass wir nach dem Tod, vorausgesetzt, wir müssen in kein Pflegeheim, keine Schulden hinterlassen – müssen, dafür dass wir ein Leben lang gearbeitet hatten. Der Staat könnte, falls wir Pflegefälle würden, Schulden machen müssten, um zu überleben, alles meine Bilder mit der Behauptung beschlagnahmen, der Nachlass könnte Geld bringen. Vorgaben für die Arbeitsstellen waren so, dass drei Behinderungen nachgewiesen werden mussten. Wir waren nicht drogensüchtig, nicht alkoholabhängig, nicht kriminell. Die Arbeitsvermittlerin behauptete, dass Künstler über ausreichend Behinderungen verfügen. Es weckte Hoffnung.

Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor waren so dotiert, dass sie einer



Drittel- oder Halbtagsstelle entsprachen. E und K brauchten beide eine, um Hartz4Verhältnisse verlassen zu können. Sie mussten den Vorstand des Kulturvereins verlassen, Projektvorschläge erarbeiten. E reagierte entsetzt, als der neue Vorsitzende neidisch reagierte, obwohl er selbst keinen Job dieser Art wollte. Er hatte gehofft, als Vorsitzender, der nur ab und zu eine Unterschrift leisten muss, das dreifache an Geld erhalten zu können. Für die Zustimmung war der Stadtrat für Soziales zuständig, nicht der Stadtrat für Kultur. Die Arbeitsvermittlerin bat, Gespräche mit Bundestagsabgeordneten zu unterlassen. 'Job als Bestechung.'

E gönnte jedem Bürger, Hartz4Ghetto verlassen zu können, auch Alkoholikern. Sie brauchen Hilfe, keine Schikanen. Hartz4 wirkt wie Mobbing. Mobbing macht krank. Extreme Leberwerte. Trotz Alkoholabstinenz. Extremer Blutdruck. E musste mit Gefäßrissen, Organschäden rechnen. Als sie gefragt wurde, ob sie an einer Stelle in der Parteizentrale der Sozialdemokraten, Abteilung Grundsatzfragen und Forschung, interessiert ist, musste sie sagen, dass sie nur noch Teilzeitarbeit leisten könnte.

Der Blutdruck sank auf 120 : 80, als sie zwischen Schnee und Eis im Auto hauste. Diesem Stress hätte sie ausweichen können.

E hatte ein Schreiben vom Jobcenter erhalten, dass sie in Bewerbungen schreiben könne, dass Anstellung finanziell unterstützt werden kann. Sie wollte Informationen, wählte die Kontaktnummer und hörte: „Wollen Sie wirklich die?! Die sind doch das allerletzte! Die haben doch schon alle versagt!“ Folge des Skandals war, dass für uns Stellen im Bereich Soziokultur geschaffen wurden. E lebte an der Grenze zum Burn out (Ausgebranntsein) und musste Konzeptionen verwirklichen. Es dauerte anderthalb Jahre, Arbeitsstellen zu realisieren, fast ein Jahr, zuverlässig arbeitende Kooperationspartner zu finden. Stellen sollten zweijährig verlängert, entfristet werden. Aber nichts konnte uns davor beschützen, im Fall von Finanzierungsproblemen erneut ins Hartz4Ghetto zu müssen. Wir arbeiteten ohne Kündigungsschutz, Arbeitslosenversicherung. Sie nannten Arbeit Beschäftigung. Gewerkschaft beschützt nicht.

Wir legten uns eine ehemalige Schleppbarkasse als Nothaus zu. E stellte sich vor, wie sie mit Krückstock versucht, vom Boot ans Land zu kommen. Oder umgekehrt. Wir könnten angeln. Kein Garten. E brach sich Rippen. An

der Stelle, an der sie aufschlug, wurde ein Karzinom gefunden.

Operation. Vergiftung. Bestrahlung. Wenn sie sich krank schreiben hätte lassen, hätte ihre Stelle laut Vorgaben des Jobcenters neu besetzt werden müssen. Kündigungsschutz von Schwerbehinderten nutzt in befristeten Stellen nichts. Mitarbeiter des Jobcenters „Nur Gesunde kriegen noch Arbeit.“ Wir konnten mit Hilfe von drei Bundestagsabgeordneten erreichen, dass Stellen unter einer anderen Bezeichnung ein Jahr verlängert wurden. Der Bürokratische Akt verschlang drei Monate. Der Vorsitzende des Vereins wurde mit elf Mitarbeitern des Jobcenters konfrontiert. Wir mussten pädagogische Betreuer nachweisen, der Chef einen 'Anamnesebogen' ausfüllen und ankreuzen, ob wir alkohol- oder drogenabhängig sind. Eine Firma, die sich Jobassistent nannte, von öffentlichen Mitteln finanziert wird, bot Bildausstellungen ohne Finanzierungskonzeption an, während Angestellte im Öffentlichen Dienst, die von Steuergeldern finanziert werden, gleichzeitig sagten, dass Künstler und Kulturschaffende nicht dauerhaft von Steuergeldern leben können.

Mitarbeiter von Campact finanzierten sich nach amerikanischem Vorbild mit Spenden für Stellvertreteraktionen im Bereich Widerstand. Anthroposophen kauften ein verfallenes Schloss und bauten es mit Spendengeldern auf, der Lebensunterhalt wurde mit Spenden finanziert. E glaubte deshalb, dass monatliche Kleinstspenden langfristig selbstbestimmtes Arbeiten im Bereich Soziokultur ermöglichen könnten. Bruder, Freund, zwei Autoren spendeten. Vater reagierte nicht. Der Vater der Kinder sagte, er brauche selbst Geld, obwohl E ihm einen Job als Tontechniker im Planetarium ermöglicht hatte. Die Schwester von K strich den Betrag von fünf Euro, als E vor Erschöpfung zu weinen begonnen hatte, nachdem sie einen mehrtägigen Besuch von fünf Personen angekündigt hatte, - wir hatten zwei Zimmer, vier Matratzen und gesagt, dass die Wohnung kostenfrei benutzt werden kann, wenn wir unterwegs sind. Eine Schwester erhielt ein Gehöft geschenkt. K sollte zum Hilfsarbeiterlohn für sie arbeiten. Wir sagten, dass wir uns einen Abstell- und Arbeitsraum erarbeiten wollen. E glaubte, dass die Familie von K sie mag und dankbar ist, weil sie zu ermöglichen versuchte, dass er glücklich leben kann. Die Hasswelle, die auf mich schwappte, bezeugte, dass sie K nicht akzeptierten. Alle Entscheidungen, die K getroffen hatte, wurden E angelastet. K brach Kontakt zur Familie ab. E bat ihn, in Familientraditionen verankert, den Kontakt zu seinen Eltern nicht abubrechen, aber es verletzte sie dass seine Mutter nicht fähig war, sich

zu entschuldigen und deutlich zu machen, dass sich Szenen, in denen E vor ihnen weinte, K um Luft rang, nicht wiederholen können.

Als wir nach der Flucht in Berlin obdachlos waren, mussten wir, bis wir eine Wohnung gefunden hatten, fürs Jobcenter eine Meldeadresse nachweisen. Freunde konnten, ohne Ärger mit Vermietern zu riskieren, keine fremden Namen an Briefkästen anbringen. Verwandte besaßen eine Eigentumswohnung mit Gästezimmer, Gästeklo, halfen nicht. Er war Psychiater, besaß mehrere Eigentumswohnungen, hing Bilder von Künstlern ohne Honorarzahlung in seine Praxis, obwohl sie therapeutisch Ähnliches leisten können wie er. E sah auf dem Tresen einen Stoß Fünfhundert-Euro-Scheine, als sie dem Zahnarzt sagte, dass eine Problemlösung für den zahnlosen Teil ihres Unterkiefers gefunden werden muss, sagte er: „Aber das ist die Frage des Geldes.“ Er sagte, dass er, falls er mit ihr verheiratet wäre, Stifzähne implantieren würde. Als E antwortete, dass sie eine Zusatzversicherung abgeschlossen hatte, wollte er auch die unbeschädigte Brücke ersetzen, weil sie älter als acht Jahre ist. Ekel. E träumte weiterhin von einer Gesellschaft, in der jeder nahezu gleich viel Geld fürs Arbeiten erhält, Fähigkeiten einbringt, die er einbringen kann. Sobald Geld ausgegeben würde, wäre es erneut ungleich verteilt.

Eine Zahnärztin konfrontierte E wochenlang mit Kostenvoranschlägen für Nachfolgelösungen, statt den Eiterherd zu entfernen. Wir fuhren zu einem Zahnarzt nach Erfurt. Die Farbe des Ersatzzahnes wirkte grell, wir fuhren zum Labor, die Frau erarbeitete einen Zahn mit Schattierungen, der echten ähnelte, sie hatte durchs Fenster unseren VW-Bus gesehen, ihr Sohn hatte einen und hauste in Amerika. Sie berechnete nur, was die Kasse zahlte. Ich musste trotzdem zuzahlen, obwohl ich dem Arzt Bilder ließ.

Wer Kunst und Kultur in Spandau suchte, kam in die Kunstlandschaft Spandau. Der Wikipediaeintrag von Spandau verfügte über keine Rubrik Kunst und Kultur, Versuche die Kunstlandschaft in Spandau zu integrieren, stießen auf Widerstand, Administratoren löschten überprüfbare Fakten, nannten Widerspruch Krieg. Es erinnerte ans DDR-Regime.

Wenn E mit K zwischen Kindern war, die mit Pharmaka behandelt wurden, fühlte sie, dass unsere Arbeit wichtig ist. Kinder verloren Angst vor Mikrofon und Kamera, übten, Worte zu finden, Stimme zu modellieren und fantasierten, - glücklicher. E war infolge der Karzinomtherapie achtzig

Prozent invalid. Das Jobcenter konfrontierte sie mit Psychoterror, ihr wurde in einem Zustand, in dem sie kaum Alltagsprobleme bewältigen konnte, eine sechsmonatige Umschulung zu Hilfserzieherin angeboten. Der Arbeitsvermittler von K sah mit gegeltem Haar und einer Haltung, als säße er auf einem Motorrad, wie eine Karikatur aus, er sagte: "Ich bin berühmt berüchtigt hier im Hause für meine Positionen, das weiß auch die Geschäftsführung. Die Mortalitätsraten der Existenzgründer und zwar auch und ganz besonders aus dem Alg2Bereich heraus sind enorm", das System funktioniere wie eine Maschine, Bundestagspolitiker hätten keinen Einfluss, das System beeinflusse Politiker, wir wären im System gefangen, falls wir nicht resignieren, würde wir uns am Ende eine Kugel in den Kopf... wir wurden mit Sanktionen bedroht, bevor wir einen Antrag auf Grundsicherung gestellt hatten. Er beugte sich vor, sah mir lauernd in die Augen: 'Sie sind krank! Krank!' - 'Ja, ich bin sehr erschöpft.' Ich war stolz, nicht vor ihm zusammengebrochen zu sein. E wollte glauben, dass seine Arbeitsweise Auslöser für Entschuldigungsaktionen würde, die uns ermöglichen, weiter zu arbeiten. Arbeitsagentur und Geschäftsführer des Jobcenters boten keine Problemlösung an. Bundestagspolitiker behaupteten, ohnmächtig zu sein und erhöhten sich gleichzeitig Diäten.

Der Körper reagierte mit Aggressions- und Fluchreflexen. K reagierte auf Krümel, der vom Tisch fielen, wie auf Angriff. Arbeitsvermittler schickten uns zum Medizinischen Dienst, wir gingen zum Hausarzt, er schrieb uns krank. Der Medizinische Dienst ist Teil der Arbeitsagentur, weisungsgebunden. Er hätte uns Arbeitsunfähigkeit für den Arbeitsmarkt und „Teilhabe am Arbeitsleben“ bescheinigt, wir wären unter Druck gesetzt worden, in Behindertenwerkstätten zu arbeiten, in denen wir für ein Taschengeld Fließbandarbeiten hätten leisten müssen. Inklusion wird in Deutschland realisiert, in dem Nichtbehinderte in Behindertenwerkstätten abgeschoben werden. Bürger, die protestierten, wurden in ihnen mit sozial-psychiatrischem Dienst, Einweisungen in Psychiatrie bedroht. Wir hätten Sozialhilfeverhältnisse durch Arbeitsleistungen nicht verlassen können;

E versuchte ins Gespräch mit Behindertenbeauftragten zu kommen, ohne Erfolg. Sie schlug Politikern vor, Gelder für Arbeitsstellen in Behindertenwerkstätten wahlweise für die Finanzierung von Stellen im gemeinnützigen Bereich zur Verfügung zu stellen, Schwerbehinderte könnten in Vereinen zwischen Nichtbehinderten arbeiten, Arbeit wählen, die ihren Fähigkeiten entspricht. Keine Reaktion.

E fragte die Patientenbeauftragte, ob es für Schwerbehinderte/Kranke keinen Schutz gibt, - sie könne Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen, trotzdem arbeiten, Einnahmen verrechnen lassen. Mitarbeiter der Rentenversicherung erklärten, dass E dem Verein der Kriegsversehrten beitreten müsse, um Schutz gegen die Willkür des Medizinischen Dienstes finden zu können. Mitgliedsbeitrag hoch. Sie wurde mit einem Oberstabsarzt der Bundeswehr in einer kahlen Arztpraxis konfrontiert, fragte, warum es im Kampfsport reicht, dreimal mit der Hand als k.o.-Zeichen, aufzuschlagen, um in Ruhe gelassen zu werden, aber in der Gesellschaft gedemütigt wird, er sagte: weil es um Geld geht! Er wurde für ein Gutachten, in dem Falschaussagen und erfundene Aussagen notiert waren, von Rentengeldern finanziert. Zeugenaussagen veränderten nichts.

E hätte die Verantwortung, Geld zu verdienen, K zugeschoben, aber er glaubte, sich nicht verbürgen zu können, dass er im Fall von Unfairness nicht ausrasten wird, er hatte keine Geduld im Umgang mit Computern, nicht mit Menschen, obwohl er Computerprobleme lösen konnte, freundlich wirkte, er sagte oft, dass er in menschenleeren Höhlen, Steppen oder mit mir verschmolzen leben will. Als ich ihn überzeugt hatte, erneut zur Arbeitsagentur zu gehen, so lange wir Geldreserven hatten, saßen wir vor einer Frau, die behauptete, jeder Bürger habe Verantwortung für seine Situation, er durfte sie nicht am Ragen packen, ausstemmen und sagen: „Sie sind verantwortlich für Ihre Situation!“ Sie sagte, dass er kein Recht auf Teilzeitarbeit oder Arbeiten habe, die seinen Fähigkeiten entsprechen, dass sie ihm Arbeitsangebote zuschicken lassen könnte, ohne dass Einschränkungen beachtet würden. Ich saß neben ihm und weinte, krank, sie sagte, ich könnte als Verkäuferin arbeiten.

E wusste gelegentlich nicht mehr, wie der Wasserhahn funktioniert, stürzte auf ebenen Flächen. Ohne K würde sie im Gefühl hausen, nicht überleben zu können. Sie drückte auf Schmerzpunkte, bürstete Haut, verrenkte mich, wir kauften ein Rudergerät. Bürger, die vom Medizinischen Dienst der Krankenkasse bestätigt, chronisch krank sind, sind laut Rentenversicherung hundertprozentig unter allgemeinen Arbeitsbedingungen erwerbsfähig. Es gibt sozial-politisch nur einen Ausweg: ein fair dotiertes, bedingungsloses Grundeinkommen als Grundvergütung unbezahlt in Anspruch genommener Arbeitsleistungen in Kommunikations- und Sozialisierungsprozessen und Verhandlungsbasis über Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen. Ohne

Kranke gibt es keine Ärzte, ohne Mütter keine Lehrer... Anlächeln wirkt wie Arbeit. Ärzte setzten Bürger unter Druck, sich ohne Notwendigkeit operieren zu lassen, Polizisten baten, jedes Delikt zur Anzeige zu bringen, Stellenabbau zu verhindern.

E hatte Episoden aus der Wirklichkeit gesammelt, im Gefängnis mit Hilfe von Fantasien überleben zu können, Mauern waren gefallen, sie wurde mit Psychiatrie bedroht: Rentenversicherung und Sozialgericht verweigerten Gutachter, die mit dem Krankheitsbild Fibromyalgie vertraut sind.

E hatte nach Ende der Krankengeldzahlung arbeiten müssen, Arbeitspartnern gesagt, dass sie gesundheitlich instabil ist, sie reagierten rücksichtsvoll, aber das sind keine allgemeinen Arbeitsbedingungen. Sie wurde in der Projektarbeit mit Bürokratie konfrontiert, die selbst Gesunde überfordert hätte. Für Anträge auf Antragsformulare wurden detaillierte Konzeptionsarbeit und mehrere Unterschriften verlangt. Eine Angestellte des Finanzamtes für Körperschaften forderte sie auf, sich vorzustellen, dass Mitarbeiter des Finanzamtes Schwachsinnige sind, die richtige Wortwahl finden zu können, das konnte sie nicht leisten. Keine Wahl. Mitarbeiter der Wohngeldstelle machten Fehler, wir sollten mit ärztlichen Attesten nachweisen, dass wir gesundheitlich nicht in der Lage gewesen waren, sie fristgerecht zu erkennen. Wenn E sagte, dass sie Arbeitsweisen von Angestellten im Öffentlichen Dienst überfordern, wurde erklärt, sie könnte einen Betreuer in Anspruch nehmen. Betreuer erklären, dass der Betreute sie vielschichtig braucht, Arbeitsstunden abrechnen zu können. K hätte sich überfordert gefühlt. Bürger erzählten, dass sie Behördenpost nicht öffnen.

Der Nachbar ließ in amerikanischer Manier Hunde, die schrill kläffen, allein in der Wohnung, Tag und Nacht Musik und Fernsehstimmen in unsere Zimmer dringen, - wir könnten mit Ohropax leben. „Lärm kann man sich selbst machen, Ruhe nicht.“ Wir boten ihm an, zu sagen, wenn wir die Wohnung verlassen, Lärm nicht stört, er begrüßte uns mit den Worten, wie schön es sei, wenn wir nicht da sind. Wenn wir Musik und Fernseher laut stellten, Störgeräusche zu übertönen, riskierten wir Übernachbarn zu nerven. Er zwang uns, Vermieter um Hilfe zu bitten.

Wir wohnten an einer Durchgangsstraße, in einer Einflugschneiße, wir brauchten Ruhe. E wollte als Schwerbehinderte Schwerbehinderte in

finanzierte Projektarbeit einbeziehen, Kommunikationsfähigkeiten stärken, Selbstinklusion befördern, Mitarbeiter der Johanniter und der Behindertenbeauftragte Spandaus reagierten aggressiv, sie verdienen Geld, weil es Behindertenwerkstätten gibt. Mitarbeiter des Behindertenverbandes reagierten unzuverlässig.

Künstler arbeiten im Öffentlichen Dienst, ihnen wird im Gegensatz zu Ärzten und Juristen Interessenvertretung in Form einer Einrichtung Öffentlichen Rechts verweigert, sie konnten nur durchsetzen, dass eine Künstlersozialversicherung realisiert wird, in der sie anteilig den Arbeitnehmeranteil für Kranken- und Rentenversicherung bezahlen. Sie müssen einen Mindestbetrag erarbeiten, können aber ohne Tarif- und Rechtsschutz Arbeitshonorare für Nutzungen nicht einklagen, sie können, falls sie komplizierte Antrags- und Abrechnungsformalitäten leisten können, in Netzwerken verankert sind, Arbeitsfähigkeiten bezahlt im Bereich Soziokultur einbringen. Richter hätten entschieden, dass künstlerisch orientierte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen pädagogische Arbeit sei, auch wenn Künstler über keine pädagogische Ausbildung verfügen, Pädagogen anwesend sind. Selbst Künstlern mit Wikipediaeinträgen wird Mitgliedschaft verweigert, - andererseits würde eine Abgabepflicht zur Folge haben, dass Künstler im Bereich Soziokultur keine Arbeitsaufträge mehr erhalten. Probleme wären durch Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen im Bereich Soziokultur, die ein planbares und kontinuierliches Arbeiten ermöglichen, lösbar.

Künstlerische Arbeit veränderte traurig und kriminell lebende Kinder und Jugendliche, wertete Stadtbezirke auf, stabilisierte aber auch das gegenwärtig herrschende System. Wir waren bereit, als eine Art Feuerwehr zu arbeiten, sobald Funkstille zwischen Kindern und Erwachsenen herrscht. Wer weint, kann nicht denken. Wer traurig ist oder klaut, glaubt nicht, dass er die Gesellschaft verändern könnte. Ich schaffte es, während Workshops mit Kindern nicht zu weinen, weinte vor Enkelkindern, sobald ein Tropfen Wehmut ins Wasserbecken fiel und weinte, weil ich weinte.

'...genau so ist es richtig, genau so lässt sich die Kreativität der Kinder wirklich erfassen und entwickeln. Das ist professionell, liebevoll, originell, im eigentlichen Sinne politisch. Solche Projekte mit solch engagierter und gekonnter Anleitung sollte es viel mehr geben!' Berlin verweigerte Künstlern Teilzeitstellen und Teilhabe am kulturellen Leben, - Sozialpass,

wenn sie sich dem Hartz4Ghetto, das die Kontrolle des Privatlebens und Sanktionen ermöglicht, verweigern. E lebte wie ein Grippekranker, der trotz Fieber arbeitet, nennt Schmerzen, die sie nicht vermeiden kann, Schmerzsinfonien. Schmerzen wirken weniger belastend, wenn Respekt und Freundlichkeit herrschen. Eine Frau nennt Schmerz: Günther. Dieser Partner verlässt sie nie. Im Auge von K floss Blutplasma aus Gefäßen, der Arzt sagte, das sei Folge von Arbeitsstress. Es ist stressig, um bezahlte Arbeit kämpfen zu müssen. K musste, krank, Arbeitsaufträge ablehnen, ohne Krankengeld erhalten zu können.“